

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 198 · 17. JAHRGANG · AUSGABE 7/2011 · VOM 5. JULI 2011 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Reale Umverteilung
von Vermögen**
Holzkraftwerk in der Insolvenz

5 | **Eine Allianz
des Schweigens?**
Eberswalder Spendenskandal

12 | **Heimkehr der
Faschisten**
Blick in neue Fachliteratur (2)

Besuch aus Warschau

Eberswalde (bbp). Seit Sommer 2008 gehören die beiden erhaltene Baracken des ehemaligen KZ-Außenlagers Eberswalde dem Jugend- und Kulturverein Exil e.V., der hier einen Ort der Erinnerung und der aktiven Auseinandersetzung mit Rassismus in Geschichte und Gegenwart geschaffen hat. Vom 27. Juni bis zum 1. Juli besuchten auf Einladung des Jugend- und Kulturvereins Exil e.V. zwei Überlebende des KZ-Außenlagers in Begleitung zweier Enkel die Stadt Eberswalde. Waclawa Galezowska und Marianna Bogusz sind inzwischen alte Bekannte der Jugendlichen vom Exil. Ihre Freundin und Leidensgefährtin Janina Wyrzykowska konnte diesmal wegen einer Erkrankung leider nicht mitkommen.

Seit ihrem ersten Besuch Frühjahr 1999 haben die polnischen Frauen in Eberswalde viele Freunde gefunden. Etwa vierzig von ihnen nutzten am Mittwochabend die Gelegenheit, in gemütlicher Runde bei Salat und Gegrilltem mit den Gästen zu plaudern und einen Blick in die Ausstellung »Wiedersehen mit Eberswalde – Hier gibt es keinen Haß mehr«, die die Geschichte und das Leid der nach Eberswalde verschleppten Frauen in den Mittelpunkt stellt, zu werfen.

Als die Dauerausstellung am 21. Dezember 2010 eröffnet wurde, konnten die Zeitzeuginnen wegen des harten Winters nicht nach Eberswalde kommen. Mit dem aktuellen Besuch wird das sozusagen nachgeholt. Im Ausstellungsraum präsentierte der Verein gemeinsam mit Waclawa Galezowska und Marianna Bogusz ein 30minütiges filmisches Interview, das in Zusammenarbeit mit Amigo Media und Sascha Leeske entstanden ist (»Von Warschau nach Eberswalde und zurück – Polnische Frauen erzählen«). »Das

schlimmste war die Sehnsucht nach der Familie. Und der Hunger, der größte Hunger«, sagt Waclawa in dem Film. Die damals fünfzehnjährige Marianna wog nach der Befreiung gerademal noch 30 Kilo. Janina traf ihre Mutter wieder. In der sehr bescheiden eingerichteten provisorischen Unterkunft im schwedischen Malmö fragte sie: »Mama, sind wir im Himmel!«

Was es bedeutete in ein KZ und zur Zwangsarbeit verschleppt zu werden, darum geht es in dem Projekt »Die Puppe der Wanda Zatrzyb«, das insbesondere Jugendlichen ab 12 Jahren einen Zugang zur Ausstellung ermöglichen soll. Die dabei gebastelten Puppen sind Teil der Ausstellung. Am Dienstag (28.6.) sprachen die polnischen Frauen in der Freien Oberschule Finow mit Schülerinnen und Schülern über das Projekt und wie sich die Jugendlichen damit Wissen über die schlimme Zeit aneignen können.



Sascha Leeske, Kai Jahns und Dolmetscherin Ewa Czerniakowski überreichen Marianna Boguz und Waclawa Galezowska die DVDs mit dem Film-Interview »Von Warschau nach Eberswalde und zurück«. Die beiden polnischen Frauen wurden von ihren Enkeln begleitet (rechts vorn und im Hintergrund).

Am Mittwoch (29.6.) stand neben dem Grillabend ein Ausflug zum Finower Wasserturm auf dem Programm, während der Donnerstag offiziellen Kontakten vorbehalten war. Die Beauftragte für Migration und Integration des Landkreises Marieta Böttger hatte zum Frühstück ins Kreishaus eingeladen. Anschließend führte sie die polnischen Gäste durch das Wunderlich-Haus. Am späten Nachmittag kam der Eberswalder Bürgermeister zum Teetrinken. Der Tag klang aus mit dem Besuch des Purpur-Festivals im Botanischen Garten Eberswalde. Am Freitag (1.7.) reisten die polnischen Frauen und ihre Begleitung mit zahlreichen Eindrücken im Gepäck zurück nach Warschau.

Der Besuch wurde gefördert von der EVZ, Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft. Die Unterbringung der beiden Frauen und der sie begleitenden Enkel erfolgte in Gästewohnungen der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow (WBG).

Gedient in fremden Heeren

Das stehende Heer der verbündeten Republik empfing mich im Jahre 1990 nach unse-rem Beiritt mit der bedauerlichen Mitteilung, daß ich in fremden Heeren gedient hätte und deshalb auf gar keinen Fall zu irgendwelchen Reserveübungen herangezogen würde. Ich solle alles militärische vergessen. Außerdem wären alle meine Ansprüche hinfällig, die ich aus dem Dienst in der Nationalen Volksarmee ableiten könne. Insbesondere könne ich meinen erworbenen Dienstgrad nicht auf der Visitenkarte anführen.

Was haben die sich dabei gedacht? Vielleicht hatten sie Angst, daß ich die Bundeswehr kommunistisch unterwandern würde? Oder steckte da ein tieferer Sinn dahinter? Vielleicht hatte sogar die Grüne Partei ihrer Finger drin? Die sind doch so gegen den Krieg.

Immerhin hat die Nationale Volksarmee keinen Krieg verloren, wie die Wehrmacht etwa. Sie ist ehrenvoll und friedlich untergegangen. Natürlich hat die Nationale Volksarmee auch keinen Krieg angefangen. Statt dessen wurde sie vom Pfarrer Eppelmann sang- und klanglos und ohne Streß aufgelöst. Die Offiziere sind alle degradiert worden und durften dann unter dem Kommando des Klassenfein-des weiter für ihre Pension dienen. Das Material hat der Eppelmann an Gaddafi und Kon-sorten verhökert und in den Kasernen sitzen jetzt die Bürokraten. Der Landkreis Barnim ist seit langem eine befriedete und militärfreie Zone ohne Kasernen, Raketen, Panzer und Militärkapelle.

Mit dem ehrenvollen Titel »gedient in frem-den Streitkräften« fing die entmilitarisierte Zeit jedenfalls so richtig an. Wie sollten da auch patriotische Gefühle aufkommen, wenn man nicht so richtig dazugehören darf? Als Diener von fremden Streitkräften sind regelmäßige Treffen bestimmt verboten. Man sollte auch nicht darüber sprechen, was man während des Diensts so alles angestellt hat. Von wegen EK-Bewegung und solchen Sachen. Mitglied von Schützenvereinen fremder Streitkräfte kann man auch nicht werden. Reserveübungen sind ohnehin verboten. Aufmärsche finden nicht mehr statt. Das Führen von Feldzeichen und das Tragen von Uniformen und Titeln ist sowieso verboten. Aus und vorbei mit Drill, Zapfenstreich, Feldlager, Gulaschkanone und Orden.

Just in diesem Monat ist die Wehrpflicht auch für die Bundeswehr ausgelaufen. Deshalb müssen weder meine Kinder und hof-fentlich auch meine Enkel und sogar die Kin-der und Enkel der Brüder und Schwestern im Westen nicht mehr dienen, weder militärisch noch sozial.

Wollen wir doch hoffen, das dieser Zustand erhalten bleibt und die Menschen diesen ganzen Militärkram endgültig und für immer vergessen.

Für Vorschläge bleiben vier Wochen Zeit

Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde für 2012 ist ab 4. Juli online

Eberswalde (prest-ew/bbp). Seit dem 4. Juli ist der Bürgerhaushalt für 2012 online. Unter In-ternetadresse www.eberswalde.de kann man sich über Rathaus|Ortsrecht und dann Haus-halt|Finanzen bis zum Bürgerhaushalt durch-klicken. In dem dort dargebotenen Text finden sich dann die Links zu der PDF-Datei mit der Übersicht zu den Investitionsmaßnahmen 2012 bis 2015, die als der Grundlage für mögli-che Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger (deep-link: [http://www.eberswalde.de/filead-min/bereich-eberswalde/global/buergerservi-ce/Finanzen/buergerhaushalt-2012.pdf](http://www.eberswalde.de/fileadmin/bereich-eberswalde/global/buergerservi-ce/Finanzen/buergerhaushalt-2012.pdf))

»Bereits seit 2008 findet eine öffentliche Betei-ligung der Bürger an der Diskussion des Investi-tionsprogramms der folgenden vier Jahre statt«, in-formiert Kämmerin Renate Geissler. »Eine an-spruchsvolle und intensive Form der Diskussion zum Haushalt! Alle eingebrachten Vorschläge werden im Finanzausschuß und in der Stadtver-ordnetenversammlung beraten und nicht wenige umgesetzt. Wir setzen die Diskussion mit Ihnen auch in diesem Jahr fort und möchten Sie ermun-tern, sich an der Diskussion zu beteiligen. Sie kön-nen mitbestimmen, wie Eberswalde sein Geld ein-setzen soll«, sagt die Kämmerin. Wenn Sie in Eberswalde leben, haben Sie sicher einige Ideen, was Sie gerne anders machen möchten bzw. wo Sie Ihre Prioritäten sehen, heißt es in der Mitteilung der Pressestelle. Jeder Vorschlag werde diskutiert und bewertet. Der Finanzaus-schuß am 2. September und die Stadtverordne-tenversammlung am 17. September entschei-den abschließend über die Umsetzung. Die Vor-schläge können bis zum 29. Juli persönlich oder per Post bei der Stadtverwaltung eingereicht werden: Stadtverwaltung Eberswalde, Kämme-rei, Breite Straße 41 – 44, 16225 Eberswalde (Barockhaus neben dem Rathaus, 1. Etage, Zimmer 601), eMail: stadtverwaltung@eberswalde.de, Kennwort: Bürgerhaushalt.

Die Erfahrungen des Vorjahres blieben bei der Festlegung der Einreichungsfrist unberück-sichtigt. Da im Jahr 2010 in der Urlaubszeit nur wenige Vorschläge eingingen, wurde die Frist um mehrere Wochen verlängert.

Neubesetzung der Aufsichtsräte

Eberswalde (bbp). Die Fraktion »Die Fraktions-losen« hat vor der Stadtverordnetenversamm-lung am 23. Juni die Neubesetzung der Auf-sichtsräte beantragt. »Durch das Ausscheiden des Stadtverordneten Carsten Zinn aus der Frakti-on Die Linke«, heißt es im Antragstext, »ändert sich das Stärkeverhältnis der Fraktionen in einer Art und Weise, daß hiervon die Sitzverteilung in den Aufsichtsräten berührt wird«. Entsprechend § 41 Absatz 6 der Kommunalverfassung sei da-her eine Neubesetzung der Aufsichtsräte der Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) und der WHG Wohnungsbau- und Hausver-waltungs- GmbH Eberswalde vorzunehmen. Konkrete Folge wird sein, daß die Fraktion Die Linke im TWE-Aufsichtsrat einen ihrer beiden

Sitze verliert. Davon betroffen ist sehr wahr-scheinlich die eben erst berufene Sabine Bü-schel. Der Sitz fällt an die Fraktion Bündnis 90/Grünen, die bisher im Losverfahren gegenü-ber den »Fraktionslosen« das Nachsehen hatte. Künftig haben beide Fraktionen mit drei Mit-gliedern Anspruch auf einen der 6 zu verge-benden Sitze im TWE-Aufsichtsrat.

Im elfköpfigen Aufsichtsrat der WHG wird der dritte Sitz, den derzeit die Linken inne ha-ben, bei einer Neubesetzung zwischen den Lin-ken und der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Bar-nim verlost werden. Auf die Sitzverteilung in den städtischen Ausschüssen hat die Verklei-nerung der Fraktion der Linken keinen Ein-fluß.

Zehn Jahre Tolerantes Eberswalde

Die Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Eberswalde feierte am 14. Juni im EXIL gemeinsam mit vielen Partnern, ein paar kurzen Ansprachen und ei-nem ganzen Schaf am Spieß (Méchoui) ihr zehnjähriges Bestehen. Die Koordinierungs-stelle versteht sich als Akteur der politischen Bildung und ist Initiator und Organisator von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ziel die Demokratie zu stärken. Die Sensi-bilisierung der kommunalen Öffentlichkeit und die Aktivierung und Vernetzung der ge-sellschaftlichen Kräfte in der Auseinanderset-zung mit Rechtstextremismus, Fremdenfeind-lichkeit und Gewalt vor Ort gehören nach wie vor zu den Herausforderungen der Koordinie-rungsstelle. Der Erfolg bei der Bewältigung kurzfristiger Herausforderungen, etwa rechts-

extremen Aufmärschen oder durch Haß moti-vierte Gewaltverbrechen, hängt oft mit einer langfristigen Strategie zusammen. Das dauer-hafte Festhalten der Stadt Eberswalde an der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Eberswalde kann als eine solche Strategie verstanden werden.

Ganz nebenbei wurde zum Jubiläumsnetz-werkbarbecue der Koordinierungsstelle für To-leranz die Organisation des nächsten und dann 9. Internationalen Kinderfestes im Familien-garten Eberswalde im September besprochen. Und wer noch nicht die Ausstellung »Wiederse-hen mit Eberswalde – Hier gibt es keinen Haß mehr« zum KZ-Außenlager Eberswalde gesehen hatte, konnte dies an diesem Tag mit fachkun-diger Begleitung nachholen.

KAI JAHNS

Reale Vermögensumverteilung

Das Eberswalder Holzkraftwerk in der Insolvenz

Kapitalistisches Wirtschaften stellt – abstrahiert man von der stofflichen Hülle – nichts weiteres dar, als die fortgesetzte Aneinanderreihung von Spekulationen.

Hier geht es nicht um Finanzmarkt-Spekulationen, die heute in aller Munde sind und in Aktien-, Währungs-, Immobilien- und Wasweiß-ich-Blasen auf die Spitze getrieben werden. Allerdings haben auch diese mittels vielfach verschachtelter Finanzderivate getriebenen Blasen die ganz normale Spekulation der kapitalistisch organisierten materiellen Produktion zur Grundlage.

Ein kapitalistischer Unternehmer investiert Kapital, um die Produkte des Unternehmens mit Gewinn zu verkaufen. Ob das am Ende gelingt, hängt von vielen Faktoren ab, die nur teilweise vom Unternehmer beeinflusst werden. Da liegt es in der Natur der Sache, daß nicht alle Spekulationen erfolgreich enden. Dann erleidet der Spekulierende Verluste bis zum Ruin.

Im modernen Kapitalismus setzen Unternehmer oft nur zu einem geringen Teil eigenes Kapital ein. Meist wird der größere Teil über Banken kreditfinanziert. Eine weitere Möglichkeit, genügend Spekulationskapital zu beschaffen, besteht in der Beteiligung von Kapitalfonds an Unternehmen. Hinzu kommen in vielen Fällen staatliche Förderungen in Form von Bürgschaften, zinsgünstigeren Krediten oder direkten Zuschüssen. Das verbessert die Aussicht, Gewinn zu erzielen. Alle, die sich als Kapitalgeber an der Spekulation beteiligen, wollen auch bei Fehlspekulationen möglichst viel von ihrem eingesetzten Kapital retten. Um das geregelt zu ermöglichen, gibt es im bürgerlichen Recht das Insolvenzverfahren.

In Eberswalde hat sich jetzt mit der HOKAWE Holzkraftwerk Eberswalde GmbH ein Leuchtturm der Erneuerbaren Energie verspekuliert. Wie man erfährt, hat der Insolvenzverwalter, Rechtsanwalt Christian Graf Brockdorff von der Insolvenzverwalterkanzlei BBL & Partner bereits in der Vergangenheit zwei Holzkraftwerke in Brandenburg als Insolvenzverwalter betreut. Fehlspekulationen scheinen also in der Branche öfter vorzukommen.

Das muß nicht verwundern. Für so ein Biomassekraftwerk müssen enorme Kapitalmen gen investiert werden, die nur Gewinne abwerfen, weil die Stromabnahmepreise durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) staatlich garantiert werden. Bisher funktionierte das. Das HOKAWE konnte sogar auf die Verwertung der anfallenden Wärmeenergie weitgehend verzichten. Lediglich für die Produktion von Holzpellets wird ein Teil der Wärme abgezweigt. Doch seit das Holzkraftwerk 2006 in Betrieb ging, stiegen die Holzpreise erheblich an. Der staatlich garantierte, insoweit also künstliche Stromabnahmepreis konnte hingegen nicht nach oben angepaßt werden. Das knabberte an der Gewinnmarge. Der Verkauf der bislang ungenutzten Wärmeenergie könn-

ten das Gewinnproblem lösen, zumal über die Wärmepreise dann gegebenenfalls auch höhere Holzeinkaufspreise weitergereicht werden könnten. Die HOKAWE-Geschäftsführung hatte das bereits in Angriff genommen und Verträge gemacht, um Wohngebiete in Eberswalde mit Fernwärme zu versorgen. Allerdings muß dafür noch einmal kräftig in die entsprechenden Fernwärmeleitungen investiert werden. Wenn ein Unternehmen kaum vorhandene Kredite bedienen kann, hat es wenig Chancen, frisches Kapital auf dem Kreditmarkt aufzutreiben. Da kann eine Insolvenz helfen, die im Prinzip nichts anderes ist, als eine Vermögensumverteilung – mal nicht ausschließlich direkt zu Lasten der sozial Schwachen. Die Leidtragenden sind hier die Lieferanten, die bereits gelieferte Waren nicht bezahlt bekommen oder, wie im Fall des HOKAWE seitens des Landesbetriebes Forst bereits geschehen, günstigere Lieferkonditionen, sprich niedrigere Preise, anbieten müssen und zum anderen die Kreditgeber, die einen Teil des verborgenen Kapitals abschreiben müssen oder künftig weniger Zinsen erhalten. Als dritte Möglichkeit kommt in Frage, daß die Eigentümer bluten, indem sie ihre Anteile entweder an die kreditgebenden Banken oder an neue Investoren zu einem Preis abgeben, der die Kapitalanlage für die neuen Unternehmer wieder als Spekulation mit Aussicht auf Erfolg erscheinen läßt.

Letzteres scheint im Falle des HOKAWE nicht vorgesehen zu sein. Der Barnimer Landrat Bodo Ihrke als der Vorkämpfer für den Einsatz erneuerbarer Energien hat bereits angekündigt, sich für den Fortbestand des HOKAWE einzusetzen. Damit eröffnet sich eine vierte Möglichkeit der Umverteilung, indem öffentliche Mittel direkt in das insolvente Unternehmen fließen, nachdem der Liefervertrag des Landesbetriebes Forst bereits eine indirekte Subventionierung darstellt. Der Verweis des Landrats auf die »Pläne der Stadt, erneuerbar erzeugte Wärme zum Heizen zu nutzen«, könnte als Wink mit dem Zaunpfahl an die Stadt verstanden werden. Gegebenenfalls könnte die Stadt mit ihren Technischen Werken (TWE), die ja noch immer mehrere Millionen Euro Barvermögen aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile auf den Konten herumzuliegen hat, als Teilhaberin beim HOKAWE einsteigen, um die Wärmeleitungen zu finanzieren. Das würde allerdings die bisherige, auch von Bürgermeister Friedhelm Boginski gestützte Strategie des TWE-Geschäftsführers Horst Schaefer stören, aus diesen Rücklagen die laufenden Verluste der TWE zu decken – zumindest bis zum wohlverdienten Ruhestand des Geschäftsführers.

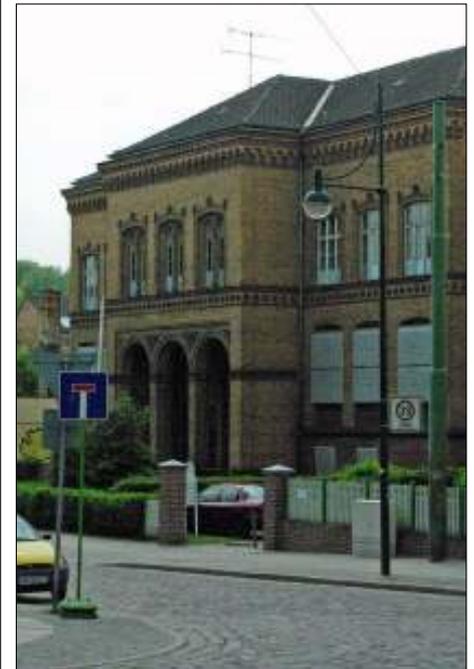
GERD MARKMANN

Straßenausbau kostet mehr

Eberswalde (bbp). Auf der Sitzung der Stadtverordneten am 26. Mai teilte Baudezernentin Anne Fellner mit, daß die eine Woche vorher in der Bürgerversammlung in der Clara-Zetkin-Siedlung zum Straßenausbau der Fritz-Reuter-Straße genannten Kosten für die Beteiligung der Anlieger nicht gehalten werden können. Die Baupreise seien durch die Bauunternehmen beträchtlich erhöht worden. Eine Umfrage unter den Anwohnern habe aber ergeben, daß 64 Prozent dem Ausbau der Straße weiterhin positiv gegenüberstehen.

Bildungszentrum wird teurer

Kostenexplosion von 5 auf 7,8 Millionen



Eberswalde (bbp). Unter Bezugnahme auf Aussagen im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt, nach denen sich die Kosten für das Bürgerbildungszentrum in der Puschkinstraße erhöhen werden, fragte der bündnisgrüne Stadtverordnete Nicky Nerbe in der Stadtverordnetenversammlung am 26. Mai, wie hoch die zu erwartenden Kosten sein werden und um welchen Betrag sich der Eigenanteil der Stadt Eberswalde erhöhen werde. Die Baudezernentin Anne Fellner teilte mit, daß die Kosten nunmehr ca. 7,8 Millionen Euro betragen werden. Das Bauvorhaben werde übergreifend durch die Inanspruchnahme von Fördermitteln finanziert, die sich für den Teil des Bürgerbildungszentrums »auf 75 % EFRE-NSE-Mittel und für den Kita-Teil auf 90 % Stadumbau-RSI-Mittel der jeweils anrechenbaren Gesamtkosten belaufen«. Ursprünglich waren rund 5 Millionen Euro für den Ausbau der ehemaligen Berufsschule zum Bürgerbildungszentrum vorgesehen. Zur gleichen Zeit wird in der breiten Öffentlichkeit sehr demokratisch über den künftigen Namen des geplanten Bürgerbildungszentrums diskutiert.

Haushaltskosmetik

Eberswalde (bbp). Die Finanzen der Stadt Eberswalde haben sich im Haushaltsjahr 2010 erfreulicherweise deutlich besser entwickelt als erwartet. Im Verwaltungshaushalt sind 2,28 Millionen Euro weniger als geplant ausgegeben worden. Der Stadtverordnete Volker Passoke (Die Linke) meinte daher in der Mai-Stadtverordnetenversammlung, daß die 2010 beschlossenen Steuererhöhungen sowie die Fortsetzung der Arbeitszeitkürzung für die Verwaltungsangestellten nicht notwendig gewesen wären.

Passoke kritisierte die mangelnde Information der Stadtverordneten zur Haushaltslage durch die Verwaltung. Er regte im Namen seiner Fraktion an, im nächsten Jahr die Steuererhöhungen wieder rückgängig zu machen.

Der Verwaltungs- und Finanzdezernent Bellay Gatzlaff verwies auf das stete Bemühen der Verwaltung, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Stadtverordneten die Informationen zu geben, daß sie sachkundige Entscheidungen fällen können. Die vorhandene Software gestatte allerdings nicht die ständige Auswertung der aktuellen Haushaltslage. Aus diesem Grunde suche die Verwaltung nach einem entsprechenden Auswertungsprogramm.

Gatzlaff erinnerte, daß mit der Haushaltsplanung 2011 die Stadtverordneten im Finanzausschuß bereits im Dezember darüber informiert wurden, daß das Ergebnis bei den Schlüsselzuweisungen und bei der Gewerbesteuer um eine Million Euro positiver ausfallen werde als ursprünglich geplant. Für die Kämmerei sei es schwierig »zu eruieren, in welchem Wertumfang die Fachämter Aufträge ausgelöst haben, die noch bebucht werden müssen«. Das Haushaltsjahr hätte mit einem Defizit von 500.000 Euro abgeschlossen, wenn »Haushaltsausgabereise« gebildet worden wären. Statt dessen seien im Herbst Mittel des Haushaltsjahres 2010 in die Haushaltsplanung 2011 übertragen worden. »Durch den Verzicht der Bildung von Haushaltsausgabereisen werden keine Beträge aus der Rücklage entnommen, sondern ein geringer Teil zugeführt. Daraus ergibt sich, daß im Vergleich gesehen in diesem Jahr Mehrausgaben anfallen werden.« Somit werde sich die allgemeine Rücklage, die zum 31.12.2010 auf zwölf Millionen Euro beziffert wurde, nach den bisherigen Planungen bis 2014 auf 1,8 Millionen Euro abschmelzen. Bisher war mit einem Rückgang auf 0,6 Millionen Euro gerechnet worden.

Trotz des besseren Jahresergebnisses, so Gatzlaff, werden sich die Entnahmen aus der Rücklage dramatisch entwickeln. Daher befürworte er die vorgenommene Steuererhöhung und die kostendeckende Kalkulierung der Gebühren. Gegenwärtig seien zwölf Millionen Euro in der Rücklage. Doch die Fachämter haben mit der Haushaltsplanung 2012 bis zum Jahr 2015 bereits einen Zuschußbedarf von 15,1 Millionen Euro angemeldet. »Aus diesen Zahlen ist zu entnehmen«, so der Dezernent, »daß sich in den nächsten Jahren der Rücklagenbestand erheblich schmälern wird.«

Sanierungskonzept für TWE

Eberswalde (bbp). Seit zwei Jahren habe er immer wieder die Frage nach der Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes für die Technischen Werke Eberswalde GmbH gestellt, wandte sich Albrecht Triller in der Abgeordnetenfragestunde der Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 23. Juni erneut an den Bürgermeister. Nach anfänglich ausweichenden Antworten, die die Notwendigkeit eines solchen Konzeptes in Frage stellten, sei später geantwortet worden, daß daran gearbeitet würde. »In der StVV am 30.09.2010 habe ich die Benennung eines Termins für die Vorlage eines Sanierungskonzeptes erbeten.« Damals habe der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff erklärt, daß dies »schnellstmöglich« erfolge. »Mir ist aber bis heute nicht bekannt, daß es ein solches Sanierungskonzept gibt. Auch ein Termin und eine Begründung für die Verzögerung sind mir nicht bekannt. Andererseits hat der Geschäftsführer der TWE, Herr Schaefer, im Finanzausschuß über die finanziellen Probleme des BAFF gesprochen und dabei (erstmalig) auch die finanziellen Ergebnisse der weiteren Sparten der TWE genannt. Diese Zahlen haben noch einmal die Dringlichkeit der Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes unterstrichen. Deshalb frage ich Sie als Bürgermeister und Gesellschaftervertreter der Stadt in der Technischen Werke Eberswalde GmbH, wie der Stand der Erarbeitung ist und bis wann mit einer Vorlage des Konzeptes gerechnet werden kann.«

Wie üblich antwortete der Verwaltungsdezernent, der sich ob der Frage verwundert gab,

weil TWE-Geschäftsführer Horst Schaefer die finanzielle Situation im Finanzausschuß dargestellt habe. Mit diesen »Wirtschaftlichen Betrachtungen zum Sportkomplex Westend« sei das Thema Sanierungskonzept behandelt worden. Es gebe in der BRD kein Bad, das rentabel betrieben würde, das könne auch kein Sanierungskonzept leisten.

In seiner Nachfrage macht Triller darauf aufmerksam, daß Schaefers Berichterstattung in der Fragestellung berücksichtigt wurde, diese aber nur die Situation des Sportkomplexes beleuchtet hatte. Bei den weiteren Sparten der TWE seien nur die finanziellen Ergebnisse genannt worden, die allesamt negativ waren, ohne weiter darauf einzugehen.

»Num nach mehr als zwei Jahren wiederholten Drängens auf ein Sanierungskonzept zu erklären, damit sei die Frage Sanierungskonzept erledigt, ist nicht zu akzeptieren«, so Triller. Dies charakterisiere die Qualität des Beteiligungsmanagement der Stadt. Mit solchen Aussagen bestätige die Stadt die bekannte Argumentation, daß Kommunen nicht in der Lage seien, Unternehmen wirtschaftlich zu führen. Triller forderte den Bürgermeister auf, seine Verantwortung als Gesellschaftervertreter nachzukommen und für ein Sanierungskonzept zu sorgen. Es könne nicht sein, daß ein Verkaufserlös von 29 Millionen Euro für die Stadtwerkeanteile weiterhin sukzessive bis zur Zahlungsunfähigkeit der TWE aufgebraucht würden. »Es gilt jetzt und sofort, die Sanierung der TWE zu beginnen.«

Rekommunalisierung der Energiewirtschaft

Wirtschaftlichkeitsprüfung für Übernahme von Anteilen der Strom- und Gasnetze

Eberswalde (at/bbp). Eine Gruppe von Stadtverordneten, die sich für die Gründung eines Ausschusses für Energiewirtschaft engagiert hatten, trat in der Stadtverordnetenversammlung am 23. Juni mit einem Gruppenantrag hervor, der die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie für verschiedene Kommunalisierungsmodelle der Strom- und Gasversorgung zum Inhalt hat. Während die Stadtverwaltung bisher ausschließlich an der Vergabe der Wegenutzungsrechte für die Netze arbeitet, wurde mit dem Beschluß zur Wirtschaftlichkeitsprüfung ein erster ernsthafter Schritt getan, um zu bestimmen, welchen Weg die Stadt in ihrer energiewirtschaftlichen Arbeit einschlagen soll. Beratungen zu dieser Frage wurden bisher stets zurückgestellt, bis die Vergabe der Wegenutzungsrechte erfolgt ist.

Gerade dies wollten die Einreicher der Vorlage aber im Zusammenhang betrachtet wissen. Die Möglichkeit dazu war durch den Energieausschuß geschaffen, aber bisher nicht genutzt worden. Die unterschiedlichen Auffassungen in dieser Frage prallten dann in der StVV am 23. Juni heftig aufeinander, wobei sich die Verwaltung in Zurückhaltung übte.

Für den Antrag der Abgeordnetengruppe sprachen Dr. Hans Mai (fraktionslos), Karen Oehler (Bündnis 90/Die Grünen), Ringo Wrase (SPD), Albrecht Triller (Die Fraktionslosen) und Hans-Joachim Blumenkamp (CDU). Gegen den Antrag wurden statt sachlicher Argumente Verfahrensfragen vorgebracht, deren Beachtung zu weiteren Verzögerungen geführt hätten. Götz Trieloff (FDP) nannte den geplanten Auftrag ohne Ausschreibung »ausgesprochen leichtsinnig« und beantragte, zunächst eine Ausschreibung durchzuführen. Volker Passoke (Die Linke) wählte den Mitunterzeichner der Vorlage Triller im Widerspruch zu seinem sonstigen Auftreten gegen Korruption. Trieloff meinte ferner, das von der Gruppe zum früheren Zeitpunkt beantragte Rederecht für einen Befürworter der Rekommunalisierung als »handstreichartig«.

Nach der kämpferischen Diskussion wurde der Änderungsantrag Trieloffs abgelehnt und der eingereichte Antrag zur Wirtschaftlichkeitsprüfung mit 19 Ja- und 15 Neinstimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Befürworter der Rekommunalisierung der Energiewirtschaft werden dies als einen ersten Erfolg.

Eine Allianz des Schweigens zum Spendenskandal?

Es ist immer gut, wenn man sich an die Wahlversprechungen von Politikern erinnert. So sagte Bürgermeister Boginski (FDP) anlässlich seiner Amtseinführung am 30.11.2006: *»Sie haben einen Eberswalder gewählt von dem sie sich versprechen, daß er transparent, parteiunabhängig bzw. parteiübergreifend und sachorientiert handelt. Meine Wahlversprechen werde ich halten. Ab Montag wird ein Jurist die Aufarbeitung der so genannten Spendenaffäre vornehmen. Seine Ergebnisse werden in vier bis sechs Wochen vorliegen und dann werden gegebenenfalls Konsequenzen gezogen, ohne Ansehen der Person. Ich verspreche eine offene Informationspolitik.«*

Seit diesen schönen Worten ist ein Zeitraum von viereinhalb Jahren nach der Anzeige, Anklage und Urteilsverkündung gegen Ex-Bürgermeister Schulz in der Spendenaffäre beim Verkauf der Stadtwerke vergangen, ohne daß Herr Boginski persönlich in der Stadtverordnetenversammlung oder in der Öffentlichkeit Rechenschaft über seine Wahlversprechungen gegeben hat. Er hätte das spätestens nach der Urteilsverkündung tun müssen, zumal sein Standpunkt nicht durch juristische Gutachten oder Berichte aus der Stadtverwaltung ersetzt werden kann. Geht Herr Boginski etwa davon aus, daß leitende Mitarbeiter im Umfeld von Ex-Bürgermeister Schulz von den kriminellen Handlungen nichts gewußt haben und völlig unbeteiligt waren? Werden solche Fragen verborgen vor der Öffentlichkeit in den Hinter-

zimmern der Stadtverwaltung abgehandelt? Bei weiterem beharrlichen Schweigen in der Öffentlichkeit droht sich nach meiner Auffassung die Spendenaffäre Schulz zu einer Krise des Vertrauens und der Glaubwürdigkeit von Bürgermeister Boginski auszuweiten. Die Eberswalder Bürgerinnen und Bürger haben nach meiner Auffassung das Recht auf eine öffentliche und ehrliche Information und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen.

Für die Autorität der Stadtverordnetenversammlung wäre es nach meiner Ansicht an der Zeit, endlich Bürgermeister Boginski zu veranlassen, Rechenschaft über sein Wahlversprechen zur Aufklärung des Spendenskandals mit Schlußfolgerungen zu geben. Mir ist unverständlich, warum mit Mehrheit im Finanzausschuß der Vorschlag der Fraktion der Frakti-

onslosen abgelehnt wurde, daß er dazu im September in der Stadtverordnetenversammlung berichtet. Das Argument für mehr Zeit für die Akteneinsicht – das auch vom Abgeordneten Passoke für die Ablehnung verwandt wurde – finde ich lächerlich. Reichen nach viereinhalb Jahren Prozeßverlauf weitere fünf Monate nach der Urteilsverkündung nicht aus, um sich eine Meinung zu bilden? Manche Leute haben scheinbar noch nicht begriffen, daß die Spendenaffäre durch weitere zeitliche Verzögerungen auf das Abstellgleis geschoben werden soll. Ich hätte gerade von Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung eine kritischere Haltung zu dem Filz und der Hinterzimmerpolitik im Rathaus in der Vergangenheit (oder auch in der Gegenwart?) erwartet.

Dr. HELMUT KOCH

Ein Ticket raus aus Eberswalde Ökopapierstau

Eberswalde (bbp). Für Jugendliche zwischen 12 und 25 Jahren gibt es in Eberswalde kaum Angebote, stellte Götz Herrmann, parteiloser Stadtverordneter der Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim, in der Abgeordnetenfragestunde am 26. Mai fest. Die Stadt könne den Jugendlichen daher *»gleich ein Ticket raus aus Eberswalde spendieren«*. Durch die Schließung des A-Werkes, der Umnutzung des Rockbahnhofs und der Reglementierung der Judohalle seien kaum mehr Orte für Jugendkultur vorhanden. Lediglich das *»Exil«* halte die Fahne hoch, *»ist aber als einzige Location mit dieser Situation überlastet«*. Jugend müsse sich auf das Wochenende freuen und ein Ziel haben, um zu verweilen und auch mal *»abzurocken«*.

»Wir als Stadtverordnete müssen verhindern«, so Herrmann, *»daß einzelne Bürger Projekte bis zu deren Einstellung torpedieren, die aber vielen Jugendlichen zugute kommen. Projekte, wie z.B. die Umgestaltung des Schützenplatzes werden von angstgesteuerten Bürgern so lange bemängelt, bis nichts mehr für unsere Jugend bleibt.«* Einzelne würden es schaffen, daß Veranstaltungsorte für viele hunderte Jugendliche stark reglementiert oder gar zugemacht werden. Dies könne kein Weg für eine Stadt wie Eberswalde sein. *»Ich persönlich könnte mich jedesmal aufregen, wenn die Jugend nur auf Schmierereien, Randalen und Sauferei reduziert wird. Was ist mit den ganz normalen Kids? Wollen wir die wegen einzelner Idioten bestrafen? Jugend ist oft laut und unbequem, gar keine Frage. Aber in einer ambitionierten Kreisstadt muß man dies als Bürger und Politiker auch aushalten können. Wir alle waren einmal jung und bei fast allen war es eine wilde Zeit, dies sollten wir auch der heutigen Jugend in der neuen Zeit zugestehen.«*

Zwischen guter Kinder- und Seniorenpolitik müsse wieder mehr für die Jugend getan werden. *»Wir müssen etwaige Begleiterscheinungen auch akzeptieren lernen. Durch Nichtstun oder Einstellung von Projekten wird es nur noch schlimmer.«* Trotz des vielzitierten demografischen Wandels, meint Götz Herrmann, müsse viel mehr Engagement der Jugend gewidmet werden, um Eberswalde nicht noch schneller der Überalterung preiszugeben. *»Wenn es an Treffpunkten und Veranstaltungen fehlt, die die Kids nicht mehr auffangen, verjagen wir diese bereitwillig aus unserer Stadt. So sichern wir hier keine Fachkräfte für die Zukunft.«* Der Stadtverordnete appelliert daher an seine Kollegen, künftig Projekte für die Eberswalder Jugend und die Jugendkultur noch aktiver zu unterstützen.

Vom Grundsatz her stehe er den Ausführungen von Götz Herrmann positiv gegenüber, antwortete Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP). Jedoch erwarte er von 12 bis 25-jährigen Jugendlichen, daß sie Eigeninitiative ergreifen, Ideen und Konzepte entwickeln und diese der Verwaltung vorstellen. *»Eine entsprechende Prüfung zur möglichen Umsetzung kann dann seitens der Verwaltung erfolgen«,* so Boginski weiter. Der Bürgermeister wies zudem darauf hin, daß die meisten Schulen Ganztagschulen mit einem breit gefächerten Angebot für die Jugendlichen seien.

Baudezernentin Anne Fellner ergänzte, wieder mehr auf die Fragestellung des Stadtverordneten eingehend, daß sich die Jugendlichen bei der Diskussion zur Gestaltung des Schützenplatzes mit ihrem Projekt hervorragend eingebracht hätten. Die Entscheidung zur Umsetzung dieses Projektes liege nun in der Zuständigkeit der Stadtverordneten.

Eberswalde (bbp). Der Stadtverordnete Ingo Naumann (FDP/Bürgerfraktion) hatte auf der Aprilsitzung der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde angefragt, ob sich durch den Einsatz von umweltfreundlichen Papier in der Stadtverwaltung der Wartungsaufwand bei technischen Geräten erhöht habe. Vewaltungsdezernent Bellay Gatzlaff antwortete einen Monat später. Eine Untersuchung habe ergeben, *»daß eine Erhöhung des Reparaturaufwandes und des Tonerverbrauchs bei Kopierern und Druckern durch den Einsatz des umweltfreundlichen Papiers nicht festzustellen war«*. Jedoch trete an Kopierern bei umfangreichen Druckaufträgen desöfteren Papierstau auf. Ob mit anderen Papieren solche Staus ausbleiben, war nicht Gegenstand der Untersuchung.

Barnimer Umweltpreis

Anlässlich des internationalen Weltumwelttages schreiben Bündnis 90/Die Grünen erneut den Barnimer Umweltpreis aus. Der Preis wird zum 16. Mal verliehen und ist auch diesmal mit 750,- Euro dotiert. Das Geld spenden bündnisgrüne Vertreter in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen. Prämiert wird besonderes ehrenamtliches Engagement, Eigeninitiative und Kreativität beim Schutz von Natur, Umwelt und Klima sowie in der Umweltbildung.

Über die Bewerbungen und Vorschläge, die bis Anfang Juli eingereicht werden konnten, entscheidet eine Jury aus Vertretern regionaler Umweltverbände, der Naturschutzverwaltung und von Bündnis 90/Die Grünen. Im Jahr 2010 waren die Preisträger der Naturschutzaktivist Ralf-Dietrich Böhlke, der Storchbetreuer Gerhard Meyer und die AG Natur und Umwelt Eberswalde.

STEFAN BÖHMER

Betreuung als Ware

Worüber sollte man sich mehr wundern – über den kaltherzigen und bürokratischen Umgang der Kreisverwaltung mit psychisch kranken Menschen oder über die naiven Illusionen Letzterer? Wie können sie auf die Idee kommen, Mitspracherechte oder auch nur Informationen einzufordern? Das Verfahren machte ihnen klar: Psychisch Kranke sind Verwaltungsobjekte, für die der Landkreis »zuständig« ist.

Im Rahmen der Zuständigkeit wird Geld verteilt. Nicht an die psychisch Kranken, sondern an Träger, die dafür Betreuungsleistungen anbieten. Die Träger leben davon. Sie beschäftigen Angestellte, kaufen oder mieten Immobilien und müssen eine entsprechende Organisation finanzieren. Es sind Unternehmen, die trotz ihres meist gemeinnützigen Status nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten müssen. Und es sind Unternehmen, die mit ihren Warenangeboten, hier Betreuungsleistungen, untereinander in Konkurrenz stehen. Was wiederum die Kreisverwaltung als Käufer dieser Betreuungswaren nutzt, ihre »Zuständigkeiten« möglichst günstig, was nicht zuletzt auch billig heißt, erledigt zu bekommen. Daher wird der Leistungsbedarf – da ist kein Unterschied zwischen der Betreuung psychisch Kranker und der Abfallentsorgung – regelmäßig ausgeschrieben. Schließlich muß ja mit dem Geld der Steuerzahler sorgsam umgegangen werden. Da dürfen die Betroffenen natürlich nicht mitreden.

Die Kreisverwaltung ist Herrin des Verfahrens. Und diese hatte die Marschrichtungszahl bereits im Juli 2010 vorgegeben in einer Beschlüßvorlage, die im August im Ausschuß für Gesundheit, Senioren und Soziales des Kreistages behandelt wurde: »Die Leistung (der Volkssolidarität) wird nur in Eberswalde angeboten«, war ein erster Kritikpunkt. Desweiteren sei »ohne konkrete Angebote«, wie sportliche Aktivitäten, Kreativangebote, Informationsveranstaltungen, Ausflüge sowie Wochenend- und Urlaubsfahrten, die gut angenommen würden, »das Interesse der Nutzung der Kontakt- und Begegnungsstätte nicht sehr hoch«. Daher sei »die Leistungserbringung kritisch zu bewerten«. Kritisiert wird dabei das »tagesstrukturierende Angebot« und der »Eindruck der geschlossenen Gruppe« – also das, was die Betroffenen gerade als Vorteil sehen. »Wünschenswert wäre hingegen eine sich 'offen' präsentierende Begegnungsstätte«.

Die AWO Bernau erhielt Ende März 2011 in nichtöffentlicher Sitzung des Hauptausschusses den Zuschlag. Sicher ist, der neue Träger wird einen möglichst guten Job abliefern, um den Kriterien des Einkäufers zu entsprechen.

Die Betroffenen bekamen das alles offenbar erst zwei Monate später mit, als alle Messen gesungen waren. Die Sinnlosigkeit ihres Aufbehrens, ihre Ohnmacht gegenüber der allmächtigen Verwaltung, ihre Reduktion auf Objekte, für die jemand zuständig ist, wurde ihnen schnell klar gemacht.

GERD MARKMANN

»Wo bleibt unser Mitspracherecht?«

Eberswalde (bbp). Die Schließung der Kontakt- und Begegnungsstätte (KBS) für psychisch kranke Menschen der Volkssolidarität in der Heegermühler Straße 3 war am 26. Mai auch Thema der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Als Besucher des KBS nutzte Lutz Ramke die Einwohnerfragestunde, um auf die Ängste der Nutzer aufmerksam zu machen. »Wieso werden nach achteinhalb Jahren«, so Ramke, »immer noch psychisch kranke Menschen als Spielfiguren für eine Ausschreibung eingesetzt? Es muß eine Kontinuität geben.« Statt »nur auf das Klimpeln und Rascheln des Euros«, sollten die Verantwortlichen auf die Hilferufe und Meinungen der kranken Menschen, »die nach so vielen Jahren als Familieneinheit zusammengewachsen sind« hören. Ramke widersprach Äußerungen der Kreisdezentnerin Silvia Ulonska. »Es hat in den letzten Jahren keine Besichtigung, Kontakte oder Gespräche durch die zuständige Stelle gegeben. Wie kann man sich da ein wahres Bild machen?« Er berichtete über die gute Zusammenarbeit mit anderen Kontaktgruppen und darüber, daß die Öffnungszeiten an die Bedürfnisse der Besucher angepaßt worden sind. »Für die Besucher ist es gut, ein regelmäßiges Mittagessen zu haben«. Es mache großen Spaß, gemeinsam das Mittagessen zuzubereiten. Die Zahl der Besucher sei im Laufe der Zeit angestiegen. Durch die aufbauende Arbeit der KBS sei es sogar gelungen, einige Besucher in ein Arbeitsverhältnis zu bringen. »Wir verlieren unsere Vertrauensbasis zu den Betreuern«, sagte Ramke. Die Gewöhnung an

neue Vertrauenspersonen sei für die Betroffenen sehr schwierig. »Wir verlieren die geregelte Tagesstruktur und das aufgebaute familiäre Zusammenleben.« Der Landkreis habe die Betroffenen nicht über die neuen konzeptionelle Angebote des zukünftigen Trägers informiert. »Wir wechseln also zum 1. Juli ohne zu wissen, was uns erwartet. Dieses unbefriedigende Gefühl ruft bei uns Ängste und Hoffnungslosigkeit hervor. Wo bleibt unser Mitspracherecht?«

Seinen Unmut über die avisierte Schließung der KBS drückte auch Hartmut von Damaros aus dem Brandenburgischen Viertel aus. Er sehe sich nun gezwungen, seine langjährige Mitgliedschaft in der Volkssolidarität aufzugeben und in einem anderen Träger beizutreten.

Bürgermeister Friedhelm Boginski unterstrich die Wichtigkeit, daß psychisch erkrankte Menschen eine Begegnungsstätte zum regelmäßigen Treffen und zum Austausch haben. Allerdings sei dafür der Landkreis Barnim zuständig. Der Beigeordnete Lutz Landmann ergänzte, daß sich die Stadtverwaltung der Problematik angenommen habe. Ein Gespräch mit dem bisherigen Träger, der Volkssolidarität Barnim e.V., ergab, daß seitens des Landkreises ein Ausschreibungsverfahren stattgefunden habe. Von der Kreissozialdezentnerin Ulonska erfuhr Landmann, daß die Arbeiterwohlfahrt Bernau den Zuschlag erhalten habe. In den politischen Gremien des Kreistages sei der Inhalt des AWO-Angebots positiv eingeschätzt worden. Der Dezentner bekräftigte, daß es »auf alle Fälle eine Begegnungsstätte geben« werde.

Fraktionsbildung verschoben

Unter dieser Überschrift erfahren die Leser der MOZ, daß die von Ihnen gewählten Abgeordneten der Bürgerbewegung – BVB/Freie Wähler – nach wie vor nicht als Fraktion anerkannt werden. Das ist wohl der Barnimer Weg im Umgang der Parteien mit Vertretern der Bürgerbewegung.

Zur Erinnerung: Bereits im April 2011 hat das Landesverfassungsgericht entschieden, daß die Festlegung – ein Werk der Regierungsparteien – daß vier Abgeordnete erforderlich sind, um eine Fraktion zu bilden, verfassungswidrig und damit nichtig ist. Das ist Gesetz, ab sofort, im ganzen Land, gilt aber natürlich nicht im Barnim! Hier gilt der Wille der selbsternannten sog. Volksparteien wie z.B. LINKE, SPD und CDU. Dieser Wille lautet so: Bürgerbewegte als Fraktion, das wollen wir nicht! Sie gehören von der Ausschubarbeit ausgeschlossen und im Kreistag wollen wir sie nicht hören. Also beschränken wir die Redezeit dieser Leute auf zwei Minuten. Wir haben ja die Mehrheit und deshalb ist unser Wille ganz demokratisch legitimiert.

Natürlich ist den Damen und Herren der sogenannten christlichen und angeblich sozialen Parteien klar, daß sie die Bürgerbewegung als

Fraktion nicht mehr verhindern können – jedenfalls nicht auf Dauer. Deshalb wird jetzt auf Zeit gespielt. Erst einmal wird ein Antrag auf Fraktionsanerkennung erst zugelassen, wenn das Urteil im Gesetzblatt veröffentlicht ist. Dann muß natürlich abgewartet werden, bis die entsprechende Verwaltungsvorschrift vorliegt. Ganz Schlaue haben dann festgestellt, daß erst einmal die Geschäftsordnung geändert werden muß und daß dazu einen Antrag von zehn Prozent der Mitglieder des Kreistages erforderlich ist. Dieses Problem war schnell gelöst. Dafür mußten sich dann einige der Unterstützer eine Standpauke ihrer Fraktionen anhören. »Glücklicherweise« reicht das nun aber noch nicht aus, denn dieser Antrag muß ja erst im Kreisausschuß beraten werden, bevor er im Kreistag beschlossen werden darf. Natürlich ginge es auch schneller, aber das wollen sie ja gar nicht, nicht die LINKEN und auch nicht diejenigen, die sich soziale oder christliche Demokraten nennen.

Wir dürfen gespannt sein, was den Möchtegern-Verhinderern einer Bürgerfraktion noch einfällt, um die Anerkennung der BVB/Freie Wähler als Fraktion weiter zu verzögern.

JOHANNES MADEJA

2. Flußbadetag am Finowkanal

Nach der gelungenen Premiere im letzten Jahr laden Bündnis 90/Die Grünen und das Planungsbüro Flußkontakt am 10. Juli, von 14 bis 18 Uhr, zu einem zweiten Flußbadetag am Finowkanal ein. Gebadet wird wieder im Park am Messingwerk, im Eberswalder Ortsteil Finow. Der Badebereich liegt direkt am Treidelweg, nahe der Altenhofer Straße.



Der Finowkanal soll sauberer werden, damit Baden und Angeln wieder überall möglich wird. Letztes ist im Bereich Leibnizviertel (Foto) bereits heute möglich. Allerdings sollten die geangelten Fische besser nicht verzehrt werden, da dieser Kanalabschnitt, an dem auch das Wasser- und Schifffahrtssamt seine Heimstatt hat, zu den stark mit Schwermetallen belasteten gehört.

Ziel der Aktion ist es, der Forderung nach einem durchgängig sauberem Finowkanal Ausdruck zu verleihen. Das Fließgewässer mit seinen historischen Bauten und grünen Ufern besitzt ein großes Potential für die Stadtentwicklung und den Tourismus. Immer mehr Wassersportler nutzen den Kanal. Die Veranstalter des Flußbadetages setzen sich daher gemeinsam mit vielen anderen dafür ein, daß im gesamten Stadtgebiet wieder gefahrlos im Finowkanal gebadet und geangelt werden kann. Dem steht derzeit vor allem die Schwermetallbelastung des Sediments auf dem Kanalgrund entgegen. Betroffen sind hauptsächlich die Kanalabschnitte im Bereich der ehemaligen Industrieanlagen wie Chemische Fabrik und Walzwerk. Auch noch vorhandene illegale Abwassereinleitungen müssen beseitigt werden.

Die Sanierung des Kanals ist sehr kostenintensiv und kann somit nur abschnittsweise erfolgen. Grüne/B90 und Flußkontakt schlagen daher vor, als nächsten Schritt, im Zuge der Errichtung der Stadtpromenade, den kontaminierten Schlamm im Abschnitt von der Stadtschleuse bis zur Fußgängerbrücke zum Leibnizviertel auszubaggern.

Im Badebereich am Messingwerkpark wurde das Sediment bereits entfernt und das Wasser wird vor dem Flußbadetag auf seine Badegewässerqualität untersucht. Rettungsschwimmer der DLRG sorgen für Sicherheit. Dennoch

erfolgt das Baden natürlich auf eigene Gefahr. Im Park gibt es gute Möglichkeiten für Sport und Spiel sowie ausreichend Liegeflächen. Die P&F Blues Company der Fachhochschule wird für Stimmung sorgen. Für Kinder steht ein Kanu zum Paddeln bereit. Dabei sein wird wieder die KAG Finowkanal und andere Vereine.

Der Flußbadetag soll in diesem Jahr auch genutzt werden, um für die in greifbare Nähe gerückte Sanierung der historischen Teufelsbrücke zu werben. Außerdem besteht die Möglichkeit, den nahe gelegenen Wasserturm Finow zu besichtigen oder an einer Führung durch die Messingwerksiedlung teilzunehmen. Um 15 Uhr sind alle Gäste eingeladen, gemeinsam mit tausenden anderen Badenden europaweit am symbolischen »Großen Sprung« in Europas Flüsse teilzunehmen.

BIG JUMP ist ein europaweiter Flußbadetag, an dem die Menschen ihre Umwelt zurückverlangen und den Wunsch demonstrieren, wieder saubere und lebendige Flüsse vorzufinden. Der erste große Flußbadetag fand im Jahr 2005 statt, der zweite 2010 und der ganz große BIG JUMP ist für 2015 angedacht. Er könnte zum großen Fest der Flüsse werden, da 2015 die europäischen Oberflächen- und Grundwässer gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie in einem ökologisch guten Zustand sein müssen.

KAREN OEHLER,
Fraktionsvorsitzende Grüne/B90 Eberswalde

Gegen Trägerwechsel

Die Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde im Kreistag Barnim spricht sich gegen einen Trägerwechsel für das Altenpflegeheim Webers Ablage in Finow aus. Anstelle dessen plädieren die Abgeordneten dafür, daß der Landkreis das Heim modernisiert und erweitert, um es auch in Zukunft wirtschaftlich und mit hoher Qualität zu betreiben.

Die Begründungen der Verwaltung und der mit dem Thema befaßten drei Kreistagsabgeordneten von FDP, CDU und Linken für einen angeblich notwendigen Verkauf des Heimes sind nicht überzeugend. Zwanzig Jahre lang wurde das Pflegeheim durch den Landkreis betrieben. Jetzt stellt man plötzlich fest, daß dies keine Pflichtaufgabe sei. Gleiches trifft für viele andere Leistungen des Kreises ebenso zu.

Vorgelegte externe Machbarkeitsstudien und eine Kostenschätzung der Kreisverwaltung zu einem möglichen Erweiterungsbau sind widersprüchlich und gehen von unterschiedlichen Prämissen aus. Die beauftragten Gutachter bescheinigen in jedem Fall, daß bei einer Spezialisierung auf die Betreuung Demenzkranker selbst eine Kleinsteinrichtung mit 24 Plätzen an diesem Standort wirtschaftlich zu betreiben ist. Wenn auch zur Minderung des Risikos ein Betrieb in einem Verbund oder eine Kooperation empfohlen wird. Der Landkreis betreibt mit der GLG einen Krankenhauskonzern, der sich gerade bemüht, zwei weitere Kliniken zu erwerben. Es sollte ihm also auch möglich sein, ein kleines Altenpflegeheim in guter Qualität und wirtschaftlich zu führen.

Die Fraktion Grüne/BdE appelliert daher an den Kreistag, den Bewohnern von Webers Ablage, ihren Angehörigen und den Mitarbeitern die Angst und die Ungewißheit über die Zukunft zu nehmen und auf das geplante Interessenbekundungsverfahren zum Verkauf des Heimes zu verzichten. Zügig sollte statt dessen ein tragfähiges Konzept erarbeitet und beschlossen werden, auf dessen Grundlage die notwendigen Investitionen in den Standort vorgenommen und das Pflegeheim zukunftsfähig gemacht werden kann. Damit würde der Kreis seiner sozialen Verantwortung auch für die älteren Mitbürger gerecht.

UTE KRAKAU, Fraktionsvorsitzende

Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten entschieden auf dem Kreistag am 29. Juni anders.

Lärmschutz für Zetkin-Siedlung

Eberswalde (bbp). Der Bau der als nördliche Stadtumgehung angesprochenen Schnellstraße B167-neu wird weiter kontrovers diskutiert. Ende Mai gab es dazu in Finow eine weitere Einwohnerversammlung. In der Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung machte Ingolf Scholler aus der Fontanestraße darauf aufmerksam, daß in der Clara-Zetkin-

Siedlung ein »völlig neues Geräuschchaos in einem gesundheitlich nicht zu vertretenden Lärmpegelbereich« entstehen werde. Die Bemühungen der Baudezernentin Anne Fellner, die sich beim Landesbetrieb Straßenwesen intensiv für Lärmschutzmaßnahmen einsetzen will und sich ausdrücklich an einer kooperativen Zusammenarbeit mit den Einwohnerinnen und

Einwohnern der Clara-Zetkin-Siedlung interessiert zeigt, hat Ingolf Scholler mit einem Brief an den Landesbetrieb unterstützt. Darin wiederholt er die Vorschläge für Lärmschutzmaßnahmen, die bereits auf der Versammlung vom 26. April gemacht wurden, wie der Wegfall des 3. Überholstreifens in Höhe der Siedlung, die Verwendung eines lärmindernden Fahrbahnbelages und der Errichtung einer Lärmschutzwand. Er hofft auf eine rasche Antwort seitens des Landesbetriebes.

Der Attac-Kongreß im Mai 2011 (2):

Jenseits des Wachstums?!

von Dr. Rainer Thiel

Auf dem sehr erfreulichen, wenn auch längst nicht genügend erfreulichen Attac-Kongress habe ich aus dem Parkett heraus zu den Podien einige Male die Schnauze riskiert.

Ein Freund aus Regensburg hatte einen Vortrag gehalten über die »moralischen Werte«, die den Raubbau an der Natur begünstigen. Nun wollte ich in der Diskussion den antikapitalistischen Akzent seines Vortrags verstärken. Dazu hatte ich zwei Minuten. Also habe ich gesagt, beim Kapitalverhältnis sind die Kapitalisten durch den »Wettbewerb« gezwungen, mehr und immer mehr zu produzieren, und weil sie dann die Waren nicht loskriegen, müssen sie das Publikum zum Kauf, also zum malochen aufhetzen, damit sie kaufen können. Also habe ich gesagt, stehend und so laut ich konnte: »Jede Woche habe ich 2 Kilo Werbe-Müll in meinem Briefkasten, doch mit dem steifen Papier kann man sich nicht mal den Hintern abwischen.« Ich hätte auch »Arsch« sagen können, vielleicht beim nächsten Mal. Aber schon mit »Hintern-Abwischen« kam ich gut an. Weil ich in der Theorie einigermaßen belesen bin, gelang es mir, in zwei Minuten einen Akzent zu setzen, der die Zuhörer im Saal zu fröhlichem Gelächter und starkem Beifall befähigte.

Bei einem anderen Podiumsgespräch – zum Thema »Wachstumsstrategien und die Krise der Arbeit« – saß auch Dierk Hirschel im Podium, Chef-Volkswirt einer großen Gewerkschaft und prominentes Mitglied der Linkspartei (Mitglied des Parteivorstands?) Nun wäre es meine Pflicht als Parteilozer gewesen zu sagen, worin denn überhaupt die »Krise der Arbeit« besteht. Aber ich mußte erstmal 40 Minuten schweigen, denn ich saß nur im Parkett. Dierk Hirschel aber hatte ausführlich darüber gesprochen, daß die Verhältnisse für die »Arbeitnehmer« in den skandinavischen Ländern besser sind als in der Bundesrepublik und daß in Deutschland allzu viele Leute aus der Gewerkschaft ausgetreten sind. Deshalb könnte die Gewerkschaft jetzt und in Zukunft auch nicht mehr viel ausrichten. Da hätte ich am liebsten geweint.

Endlich, nach 50 Minuten, wurde meine Wortmeldung angenommen. Eigentlich bekam ich nur eine Minute Zeit, und so mußte ich auswählen, worauf ich mich konzentriere. Eigentlich wollte ich damit beginnen, daß Dierk Hirschel eine sich selbst erfüllende Voraussage getroffen hat: Wenn Gewerkschaftsführungen meinen, sie könnten nicht viel ausrichten, dann werden auch die Gewerkschaftsmitglieder nicht viel ausrichten. Aber damit hätte ich auf die Logik bezug genommen, wegen »sich selbst erfüllender Voraussage«, und Logik wird nicht so gern zur Kenntnis genommen. Also habe ich anders angefangen: »Das Podium hat in dieser Veranstaltung 40 Minuten lang um den

heißen Brei herumgeredet. Die sog. Krise der Arbeit ist vor allem die Massenarbeitslosigkeit und die Ausbeutung: Ein Teil der Arbeitenden schuftet sich zu Tode, und andere Mitmenschen versinken als Langzeitarbeitslose in Armut und im psychischen Koma, das ist fast wie ein Psycho-Holocaust. Aber Arbeitszeitverkürzung würde Arbeitsstellen schaffen.« Arbeitszeitverkürzung hatten die Gewerkschaften schon mal 150 Jahre lang praktiziert, und so wurde auf dem Arbeitsmarkt das Allerschlimmste in Grenzen gehalten. Aber« (sagte ich mit Blick auf Dierk Hirschel) »Ihr als Fest-Angestellte der Gewerkschaftsführung müsstet eure Mitglieder darüber aufklären. Niemand verlangt von euch, daß ihr Zwang ausübt, aber zwischen Zwang und Nichtstun gibt es noch die Möglichkeit zum Aufklären, zum Orientieren und zum Ermutigen. Von der Linkspartei erwarte ich das schon nicht mehr (Gelächter bei einem Teil des Publikums im Saal), aber dann bleibt noch immer Ihr als Gewerkschaftsführung.« Das waren meine Worte. Zwischendurch war ich vom Moderator (Betriebsrat gewesen) gewarnt worden, ich hätte die Zeit von einer Minute überschritten. Nach zwei Minuten aber gab es Beifall, fast so viel wie nach meinem Aperçu vom Hinternabwischen. Und Dierk Hirschel schien wegen meiner Worte betroffen zu sein, er hielt sich fortan zurück, und sein Gesicht schien mir dabei gerötet.



Besser, wenn auch nicht optimal war ein Podiumsgespräch zum Thema »Mentale Strukturen – Wie das Wachstum in die Seelen kam.« Darüber sprach ein Professor aus Essen: Wie schwierig es sei, in den Seelen der Menschen einen Wandel herbeizuführen, denn die Mitmenschen haben ihre Lebensgewohnheiten auch in ihrer Seele interniert. Der Professor schilderte die Schwierigkeiten, das habe ich

begrüßt, weil ich lernen wollte, wie ich zu meinen Mitbürgern sprechen muß. Dabei erinnerte ich mich auch an mein Buch »Marx und Moritz – Unbekannter Marx – Quer zum Ismus« von 1998, und ich überlegte, ob ich in einer Minute auch eine Vorstellung davon geben könnte, wie ich seit dem Storkower Schülerstreik anno 2000 gewirkt habe, in mehreren Bürger-Initiativen, wovon ich auch heute noch nicht die Schnauze voll habe. Ganz am Ende seines Vortrags stellte der Professor die Frage: Wie mobilisieren wir denn nun unsre Mitbürger? Da war ich begeistert und riskierte den Zwischenruf: »Das ist die Hauptsache.« Darauf scherzte der Professor und sagte, er fange sofort damit an. Da hatte er die Lacher auf seiner Seite und beendete sogleich seine Ausführungen, um zu seiner Skat-Runde zu eilen, wie er fröhlich mitteilte. Das überraschte mich so sehr, daß ich versäumte zu rufen: Du hattest aber 60 Minuten Zeit, um zur Hauptsache zu sprechen.

Dann habe ich ein viertes Podiumsgespräch besucht: »Ende der Industriegesellschaft – Ausweg Dienstleistungsgesellschaft?« Dort konnte ich auch Saral Sakar und Wolfgang Kessler begrüßen, letzteren stellte ich mich mit den drei Worten vor »Neugier – Liebe – Revolution«. Wolfgang Kessler – Chefredakteur von »Publik-Forum. Zeitschrift kritischer Christen« war erfreut und sagte, das Buch habe er sofort gelesen, er werde bald darauf eingehen. Nun zum Thema: Unter »Dienstleistungsgesellschaft« stellt man sich den Vorrang von Arbeit im Bildungswesen, in der Kultur, in der Sozial- und Gesundheitsfürsorge und im öffentlichen Verkehrswesen vor. Das fand ich gut. Gern hätte ich Beispiele skandalöser Defizite vorgetragen, um zur Überwindung der Defizite Wut und Mut zu schüren. Das hätte ich auch mit Schilderung von Bürger-Initiativen im Land Brandenburg unterlegen können, die von der PDS ausgebremst worden sind. Aber ich hatte nur eine Minute Zeit und mußte trotzdem anschaulich werden, und so habe ich nur zwei Stichworte nennen können: Im Gesundheitswesen das Paradigma »Schwester Agnes«, für das kein Geld bewilligt wird, und den Naturschutz, für den man auch ein paar Ranger aufbauen könnte, welche die Mitbürger an die Hand nehmen, um ihnen zu zeigen, wie schön die Natur in unserer Heimat ist. Aber ich mußte mir schon versagen, an dieser Stelle Karl Marx zu zitieren, der uns aufgefordert hatte zu verstehen: »Die Natur lacht in poetisch-simlichem Glanze den ganzen Menschen an.«

Schließlich ein fünftes Podiumsgespräch, an dem ich vom Parkett aus teilgenommen

habe: »Weniger und anders arbeiten: auf dem Weg zu einer Gesellschaft jenseits des Wachstums?« Im Podium auch Prof. Mohssen Massarat aus Osnabrück, mit dem ich sieben Jahre lang in der Attac-AG »Arbeitszeitverkürzen/ArbeitFair-Teilen« (AZV) zusammengearbeitet habe. Nun endlich hat Mohssen vorgetragen, wie sehr sich verschiedenste gesellschaftliche Anliegen durch Arbeitszeitverkürzung miteinander kombinieren lassen, vor allem auch der ökologische Umbau unsrer Lebenswelt, denn immer, wenn Zerstörungs-Potential abzubauen ist, wenn Fluglärm zu vermeiden ist, kommen Politiker und behaupten: Wir müssen doch Arbeitsplätze erhalten. Die Politiker sind also schon nicht mal fähig, mehrere Probleme zueinander ins Verhältnis zu setzen, sie denken eindimensional. Manche Politiker fordern, die Vermögenssteuer wieder einzuführen. Ganz recht. Aber sie sehen die Forderung isoliert im Raum. Die Vermögenssteuer könnte z.B. zum Entgeltausgleich bei AZV herangezogen werden, zugleich würde AZV den Bürgern Erleichterungen schaffen, um demokratisch am politischen Leben teilzunehmen, zugunsten der Demokratie, die wir doch so heiß lieben. Gern hätte ich auch gehört, daß 50 Milliarden gespart werden könnten, wenn Erwerbslose einen ordentlichen Arbeitsplatz finden könnten. Es gibt noch viel mehr solche Kombinationsmöglichkeiten. Man muß nur ein wenig systemisch denken, um sie im politischen Leben ganz schnell zu finden.

Doch in Zusammenhängen zu denken fällt auch den Soziologen nicht leicht, sie haben immer nur eine Frage im Sinn und zählen die Stimmen: Eins zwei drei, eins zwei drei, eins zwei drei. Nur selten setzen sie mehrere Probleme zueinander ins Verhältnis: Ergeben sich vielleicht Möglichkeiten, ein lästiges Problem mit Hilfe eines anderen lästigen Problems zu lösen? Hier ein Haufen, daneben ein Loch. Hier der Überfluß an Arbeitsstunden im Unternehmen, daneben das Loch bei den Erwerbslosen. Daraus die Lösung machen: Arbeitszeitverkürzung, damit Arbeitsplätze für Hartz-Betroffene frei werden. Solche Problemlösungen nennt man »synektisch«. Auch »Kompensation« ist ein treffender Begriff.

Ein paar Minuten lang kreiste das Podiumsgespräch um die Frage, wie weit könnte denn die Arbeitszeit im Durchschnitt verkürzt werden? Mohssen meinte, er spreche jetzt gern symbolisch von der 4-Tage-Arbeitswoche. Und weil Mohssen gesagt hatte, daß sei jetzt sein Symbol, bin ich einer orakelnden Soziologie-Professorin symbolisch ins Wort gefallen und habe gerufen »5 Stunden sind genug«. Leider konnte ich nicht ausführen, daß es dazu ein wunderbares Buch eines Genossen aus Frankfurt am Main gibt (Pseudonym »Darwin – Dante«), und noch weniger konnte ich darauf hinweisen, daß man dazu Überlegungen in meiner www.thiel-dialektik.de finden könnte, dort seit 2002 – mit Blick auf die PDS – unterm Stichwort »Fängt endlich an mit Politik«.

»...der will keine Transparenz«

Seit mehr als 6 Jahren beschäftigt sich die Stadtverordnetenversammlung (StVV) mit dem Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen. »Mehr Bürgerbeteiligung statt geheimer Rathauspolitik«, das war die Forderung eines erfolgreichen Bürgerbegehrens in Passau, dem durch den Bayrischen Verwaltungsgerichtshof Recht gegeben wurde. Zum bisherigen Umgang mit dem Thema hat unsere Fraktion allen Stadtverordneten mit ihrem Brief im Januar umfangreiche Informationen gegeben. In diesem Brief, der Bestandteil der Niederschrift der StVV vom 27.01.2011 ist, war auch eine ausführliche Begründung der Vorlage gegeben worden (BBP 1/2011). Dem ist heute nichts hinzuzufügen. Die kommunalrechtliche Prüfung ist inzwischen erfolgt. Einer Beschlusfassung steht kommunalrechtlich nichts im Wege. Die aktuelle Vorlage war der kleinste gemeinsame Nenner. Sie verzichtete auf alle weitergehenden Möglichkeiten einer transparenten Führung kommunaler Unternehmen, wie sie rechtlich durchaus möglich sind.

Wer meint, sich dieser Vorlage nicht anschließen zu können, der will keine Transparenz in kommunalen Unternehmen.

Nach der Beratung im Hauptausschuß am 16. Juni war auch in der StVV eine allgemeine Ablehnung zu erwarten. Die Erwartung wurde leider erfüllt. Es gab auch keinerlei Ansätze für Änderungsanträge und ebenso wenig Anträge anderer Fraktionen zum Thema Transparenz. Es wird also kein Handlungsbedarf gesehen.

Das charakterisiert das Demokratieverständnis in dieser StVV und der Verwaltungsspitze. Hier gilt: Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland ist eine Vertreterdemokratie, d.h. mit den Wahlen haben die Bürger ihre Vertreter in die jeweiligen Organe gewählt und diese entscheiden dann für sie. Bürgerbeteiligung hat bei diesem Demokratieverständnis keinen Platz – auf jeden Fall nicht bei kommunalen Unternehmen.

Bei einem Demokratieverständnis, in der Bürgerbeteiligung und Bürgerbewegungen als notwendiges Korrektiv der Vertreterdemokratie ihren Platz haben, springt der Handlungsbedarf in Sachen Transparenz in kommunalen Unternehmen ins Auge. Und das nicht nur in Eberswalde. So führte Dr. Max Stadler (FDP) in einer Bundestagsdebatte aus, »...daß beispielsweise in Bayern zu dieser Thematik Verwaltungsgerichtsstreitigkeiten bis zum Bayerischen Verwaltungsgerichtshof geführt worden sind und daß es in vielen Städten und Gemeinden lebhaft Debatten über mehr Transparenz bei kommunalen Gesellschaften gibt. Für viele Bürgerinnen und Bürger ist es nicht einsichtig, warum wegen einer reinen Rechtsformänderung« (nämlich der GmbH) »bisher nach Kommunalrecht öffentlich zu diskutierende Sachverhalte plötzlich hinter verschlossenen Türen behandelt werden.«

Und Transparenz ist möglich, denn »...bei den von einer Kommune beherrschten GmbHs die

Verschwiegenheitspflicht von Mitgliedern des fakultativen Aufsichtsrats partiell einzuschränken, ist nicht von vornherein mit Gesellschaftsrecht und Kommunalrecht unvereinbar«. So urteilte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof und die Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim hat sich in ihrer Stellungnahme darauf gestützt.

Also warum der Vorlage nicht einfach zustimmen, wenn sie rechtlich zulässig ist?

Im Hauptausschuß argumentierte Herr Gatzlaff, in der Tagesordnung der letzten TWE-Aufsichtsratsitzung seien nur der TOP Eröffnung und Begrüßung öffentlich. Herr Gatzlaff möchte offensichtlich den gesamten Geschäftszweck der TWE nur nichtöffentlich abhandeln und die Bürger mit dem Jahresabschluß im Bundesanzeiger und dem gleichlautenden Beteiligungsbericht abspesen, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung schon ein dreiviertel Jahr alt sind.

Der Regensburger Richter Dr. Hans Korber erklärte in der Urteilsbegründung wörtlich: »Das Bürgerbegehren ist zuzulassen, weil es nicht auf ein rechtswidriges Ziel gerichtet ist. Die Organe der kommunalen GmbHs geben rechtlich zwar eigenes, faktisch aber das Geld der Bürger aus. Das übertriebene Abschotten der Aufsichtsratsstätigkeit kann bei Bürgerinnen und Bürgern zu Mutmaßungen, Verdächtigungen und Argwohn führen. Bürger wollen beispielsweise wissen, wie die Gas-, Strom-, Wasser-, Bus- und Badpreise zustande kommen, warum eine Buslinie eingestellt wird, wie eine Freifläche entwickelt wird und wie hoch eine kommunale GmbH verschuldet ist. Geheimiskrämerie erzeugt Mißtrauen. Demokratie erfordert Transparenz der Entscheidungen. Die Bedenken einer Hälfte des Stadtrates von Passau, eine stärkere Transparenz gefährde die Funktionsfähigkeit der Aufsichtsräte, teilt das Gericht nicht.«

Bis zu einer solchen Transparenz ist es noch ein weiter Weg. Es wäre nur ein kleiner Schritt, aber eine große Chance gewesen, mit der Annahme der Vorlage auch in Eberswalde einen Anfang zu machen für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung. Mit der Ablehnung ist sicher das vorläufige Ende der Transparenzdebatte in dieser StVV erreicht.

Aber das Thema wird bleiben.

Nachdem die Stadtwerke verkauft wurden, endete eigentlich auch die Notwendigkeit und Existenzberechtigung der TWE. Mit der Auflösung der TWE würde sich auch das Thema Transparenz erledigen. Intransparente Aufsichtsräte laden gerade dazu ein, auf diese ganz zu verzichten, zumal ihre Rolle durch die Allmacht des Bürgermeisters als Gesellschaftervertreter stark eingeschränkt ist. Unabhängig vom Thema Transparenz in kommunalen Unternehmen braucht es eine grundsätzliche Debatte über das Wechselverhältnis von Verwaltung, Abgeordneten und Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt – sprich über das Demokratieverständnis. Diese Stadt kann mehr.

Der Leiter des Rechtsamts und der Kommunalaufsicht des Landkreises Elbe-Elster teilt einem Bürger, der seit Jahren auf seinem Grundstück eine Schmutzwasseraufbereitungsanlage zur Gewinnung von Brauchwasser betreibt, folgendes mit: *Die von Ihnen beabsichtigte »Zwischenschaltung« einer Aufbereitungsanlage vor erneuter Verwendung des (aufbereiteten) Wassers dürfte über das im Land Brandenburg mögliche Maß hinausgehen. Was darunter konkret zu verstehen ist, erläutert der Vorsteher des Wasser- und Abwasserverbandes Westniederlausitz wie folgt: »Das von Ihnen im Widerspruch zitierte Urteil des VfG Brandenburg vom 24.06.2010 - 11/06 - bezieht sich nur auf die mehrmalige Nutzung von Wasser, das ohne Reinigung oder sonstige vorherige Aufbereitung unmittelbar genutzt werden kann. Angefallenes Schmutzwasser, das vor einer Benutzung zunächst einer mechanischen und biologischen Reinigung unterzogen werden muß, ist dagegen als Schmutzwasser einzustufen und demgemäß nach § 5 AbwES sämtlichst der öffentlichen Entwässerungsanlage zuzuleiten.«*

Wer immer noch nicht verstanden hat, was die Herren hier meinen und wollen, für den gebe ich Hilfestellung in Form eines Beispiels:

Am Sonnabend ist bei uns Badetag. Zunächst ist unsere kleine Tochter dran, die sich in der großen Badewanne richtig wohlfühlt. Wenn sie dann genug geplantscht hat, dann darf sie sich in ihren schönen neuen Bademantel kuscheln und jetzt badet meine Frau. Nun ist das Wasser schon zum zweiten Mal gebraucht, aber definitionsgemäß kein Schmutzwasser, so daß ich jetzt auch noch darin baden kann, ohne mich einer Ordnungswidrigkeit schuldig zu machen. Nach nunmehr dreimaligem Gebrauch würde Otto-Normalbürger dieses Wasser als Schmutzwasser bezeichnen. Damit liegt er aber falsch, denn das Wasser ist ja erst dann als Schmutzwasser einzustufen, wenn vor Weiterverwendung eine mechanisch-biologische Reinigung erforderlich ist. Das ist hier aber nicht der Fall. Ich bin Automechaniker und mein Arbeitsanzug muß dringend in die Wäsche. Das Badewasser, das ja noch viel un-

Ein Badetag am Sonnabend

Eigene Wasseraufbereitung und -verwertung verboten – mit Elan, trotz ELaN

verbrauchtes Waschmittel enthält, eignet sich hervorragend zur Vorwäsche. Nun ist das Wasser wirklich schmutzig – aber natürlich noch kein Schmutzwasser, denn wir können es ja erneut verwenden, jetzt das fünfte Mal, zur Klospülung. Wir haben einen Garten und es regnet viel zu selten. Deshalb brauchen wir viel Wasser, damit unsere Gartenkulturen und auch die Obstbäume gut gedeihen und Früchte tragen. Das nun schon zum fünften Mal benutzte Wasser eignet sich nicht so gut, um direkt als Gießwasser verwendet zu werden. Wir betreiben deshalb eine eigene Wasseraufbereitungsanlage. Das Ergebnis ist Wasser in Badewasserqualität, wunderbar klar und sauber. Doch das muß eine Sinnestäuschung sein. Denn, so der Herr Verbandsvorsteher, dieses Wasser ist Schmutzwasser! Es war nach Meinung dieses Herrn bereits ordnungswidrig, die eigene Wasseraufbereitungsanlage zu betreiben, denn dieses Wasser beansprucht er ja für sich. Er will es nicht nur umsonst haben, sondern auch noch Geld dazu. Daß wir eine eigene Wasseraufbereitungsanlage betreiben, das geht nach Auffassung dieses Mannes gar nicht und deshalb hat er sich das auch den »Benutzungszwang« in »seine« Satzung hineingeschrieben und sich von der Versammlung absegnen lassen. Die Idee ist zwar nicht neu, scheitert aber trotzdem und das nicht nur, weil es den Benutzungszwang bzw. eine Andienungspflicht im Wassergesetz gar nicht gibt.

Vor acht Jahren schon hat die Gemeinde Gandersheim in Niedersachsen versucht, einer Bürgerin das Betreiben einer eigenen Wasseraufbereitungsanlage zu verbieten – aus eben diesem Grund. Die Gemeinde ist zweimal gescheitert: vor Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht. Das Urteil ist bei Zweckverbandsvorstehern nicht beliebt und die Presse hat das Urteil weitgehend ignoriert. Die Redaktionsleiter wollen sich schließlich bei so

mächtigen Leuten nicht unbeliebt machen. Immerhin spült z.B. die Veröffentlichung einer Satzung ein hübsches Sümmchen in die Kasse der Redaktion.

Der Richter hat wie folgt geurteilt: Die Bürgerin darf ihre Wasseraufbereitungsanlage weiter betreiben und das Wasser, so oft sie will, immer wieder verwenden. Nur überschüssiges (Schmutz-)Wasser, für das sie keine Verwendung hat, das muß sie der Gemeinde überlassen und sie entscheidet selbst, wann sie das tun will. Ich verrate Ihnen das Geheimnis: Es bleibt kein Wasser übrig, sie braucht alles selbst.

Mag sein, daß der Zweckverbandsvorsteher aus der Westniederlausitz das Urteil nicht kennt. Das ist aber unwahrscheinlich. Jedenfalls glaubt er wohl, daß es für ihn nicht gilt. Recht hat der Mann! Schließlich weiß er, wir wissen es alle, daß Verwaltungsrichter in Brandenburg anders urteilen. Für sie ist die Verdunstung von Wasser aus einem Pflanzenbeet nichts anderes als »illegale Abwasserbeseitigung«. Sie setzen all ihre Macht ein, um den Betrieb von privaten Wasseraufbereitungsanlagen zu verhindern. Für sie sind das alles – dabei rümpfen sie die Nase – (minderwertige) Kleinkäranlagen. Bestehende Anlagen werden zwangsweise stillgelegt und die Betreiber an den Kanal gezwungen, notfalls per Ersatzvornahme! Um ökologische und wasserwirtschaftliche Vernunft geht es diesen Leuten nicht.

Am 8. März 2011 gab es in Eberswalde die Auftaktveranstaltung zum Projekt ELaN – Entwicklung eines integrierten Landmanagements durch nachhaltige Wasser- und Stoffnutzung in Nordostdeutschland. Was heißt das? Nicht viel weniger als 100 Wissenschaftler aus zwölf Instituten haben folgendes erkannt: *»Angesichts zunehmender Trockenheit, sinkender Grundwasserstände und des Nährstoffbedarfs der Böden bietet sich die Nutzung von gereinigtem Abwasser als Bestandteil eines nachhaltigen Wasser- und Landmanagements in der Region Berlin-Brandenburg an. Dies stabilisiert den regionalen Wasserhaushalt und trägt zum Erhalt wertvoller Feuchtgebiete bei, auf denen Biomasse zur stofflichen und energetischen Verwertung erzeugt werden kann.«* Das alles wollen die Wissenschaftler nun erforschen. Sie werden dafür – aus Fördermitteln versteht sich – gut bezahlt. Am Ende wird herauskommen, daß man das alles machen könnte, so wie unser Bürger aus dem Elbe-Elster-Kreis das seit Jahren schon tut. Nur umsetzen, also praktisch verwerten, werden sie ihre Forschungsergebnisse nicht können – nicht im schönen Land Brandenburg, jedenfalls nicht, so lange Umweltsammler, Verbandsvorsteher und Verwaltungsrichter weiter ihr Unwesen treiben dürfen. Schade um die Fördermittel – oder gibt es vielleicht doch eine Chance für Vernunft in Brandenburg?

JOHANNES MADEJA

Kommunales Energiekonzept

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde kann zur Erstellung eines »Kommunalen Energiekonzeptes« auf Fördermittel zurückgreifen. Seitens des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten gibt es dafür das RENplus-Programm. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne hat daher in der Stadtverordnetenversammlung angeregt, dieses oder andere geeignete Förderprogramme für ein solches Konzept zu nutzen und, unter der Voraussetzung, daß die Fördermittel bereitgestellt werden, die notwendigen Finanzen in Höhe von maximal 75.000 Euro Gesamtkosten im städtischen Haushalt bereitzustellen.

Das »Kommunale Energiekonzept« soll mit der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark/Barnim abgestimmt werden. Die Pla-

nungsgemeinschaft erarbeitet derzeit selbst ein regionales Energiekonzept im Rahmen von RENplus.

Die Gefahren des fortschreitenden Klimawandels zeigen sich nach Auffassung der Grünen-Fraktion in ersten Ansätzen auch in Brandenburg. Dies erfordere schnelles Handeln. Spätestens bis 2050 müßten die weltweiten CO₂-Emissionen um 50 Prozent und in der BRD um 95 Prozent reduziert werden, »um die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius zu begrenzen«. Um dies zu erreichen, seien verstärkte Anstrengungen auf kommunaler Ebene notwendig. »Denn jede Stadt/jede Gemeinde trägt die Verantwortung für ihr Gemeindegebiet.« Die Stadtverordneten stimmten der Vorlage auf ihrer Sitzung am 26. Mai mehrheitlich zu.

Grüner Ausflug nach Neugrimnitz

Am letzten Sonntag im Mai trafen sich zwölf Mitglieder und Sympathisanten des Kreisverbandes Barnim von Grüne/Bündnis 90 am Bahnhof Althüttendorf, um nach Neugrimnitz zu radeln. Mit dabei waren der Landtagsabgeordnete Axel Vogel, Thomas Dyhr vom Kreisvorstand, der Sprecher des Regionalverbandes Oberbarnim Karl-Dietrich Laffin und die Vorsitzende der Kreistagsfraktion Ute-Katrin Krakau.

Anlaß für die Radtour war eine Einladung von Ralf-Dietrich Böhlke, bekannt als »Orgel-Böhlke«, die er zu seiner Auszeichnung mit dem Barnimer Umweltpreis 2010 aussprach. Er bot uns an, seinen Heimatort Neugrimnitz zu besuchen, um die von ihm initiierten Naturschutzprojekte vor Ort zu besichtigen. Auf dem Weg nach Neugrimnitz legten wir einen kurzen Zwischenstop am Eulenturm in Althüttendorf ein. Der Aussichtsbalkon bietet einen schönen Blick auf den Grimnitzsee und das Erdgeschoß beherbergt eine faszinierende Ausstellung von Geo Top Art mit Luftbildern verschiedener Landschaftsmotive mit Farbverfremdungen.



auf seinem Grundstück an und gestaltete ihn zu einem naturnahen Gewässer. Wir konnten uns von der gelungenen Arbeit bei einem Rundgang überzeugen. Dabei zeigte uns Herr Böhlke auch die von ihm an der Nordwand seines Wohnhauses angebrachte Tafel, hinter der sich inzwischen die Kinderstube von über hundert Fledermäusen befindet. Dank seines Engagements ist in der Gemeinde eine alte Trafostation (Foto) zu einem Nistplatz für Vögel und Fledermäuse umgebaut worden. Ebenso trug er dazu bei, daß an einem Stallgebäude im Dorf eine Schwalbenkolonie mit über

100 Brutpaaren erhalten wurde. An der Straßenseite seines Wohnhauses hat Ralf-Dietrich Böhlke ein Glockenspiel installiert, das er von innen zum Klingen bringen kann. Auch wir kamen in den Genuß einer Vorstellung. Auf einem anderen Grundstück, das die Böhlkes vor kurzem erwarben, haben sie die Reste einer ehemaligen Glashütte entdeckt. Dort wurden inzwischen Flächen entsiegelt, eine 90 m lange Feldsteinmauer errichtet und ein weiterer Teich angelegt. Einige sehr schöne alte Obstbäume sind hier erhalten. Schließlich besichtigten wir noch eine ehemals landwirtschaftlich genutzte Fläche, wo von Orgel-Böhlke mit viel Aufwand Hecken angepflanzt und ein Feuchtgebiet renaturiert worden war.

Insgesamt war die Exkursion für uns alle eine sehr lehrreiche und angenehme Zeit, die wohl jeder noch lange im Gedächtnis behalten wird.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Ein Meilenstein für den Naturschutz

Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Gregor Beyer, zeigt sich hoch erfreut über die Aufnahme des Buchenwaldes »Grumsiner Forst« im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin in die Liste des UNESCO-Weltnaturerbes. Die Auszeichnung sei vor allem ein Erfolg der Mitarbeiter der Biosphärenreservatsverwaltung und des Fördervereins Kulturlandschaft Uckermark e.V. und werde Strahlkraft auf das gesamte Land Brandenburg haben. Die Tourismusregion Barnim-Uckermark könne dadurch einen großen Schub erfahren, so Beyer am Sonnabend.

»Es erfüllt mich mit Stolz, daß die sich entwickelnden Buchenwälder des Grumsiner Forstes künftig in einer Reihe mit herausragenden Naturlandschaften wie dem Wattenmeer oder den Kar-

paten stehen. Für das Land Brandenburg ist das ein Meilenstein des Naturschutzes«, so Beyer. Es sei nun die Aufgabe des Brandenburger Umweltministeriums, diese tolle Leistung durch eine enge Kooperation mit der UNESCO konsequent zu sichern.

Allerdings müsse nun auch schnellstmöglich in vielerlei Kontext nachgearbeitet werden. Die jahrelange Vernachlässigung des »Grumsiner Forstes« im Rahmen des bereits langfristig bestehenden touristischen Potentials müsse schnellstmöglich beendet werden. »Die Landesregierung ist aufgefordert, nunmehr für ein umfassendes Management zu sorgen, das ein umweltschonendes Erleben dieses einzigartigen Gebietes für Besucher möglich macht«, so Beyer.

MARTIN LEBRENZ

Wir sind Weltnaturerbe

Krimireife UNESCO-Entscheidung

Die Entscheidung, ob die deutschen Buchenwälder zum Weltnaturerbe erklärt werden oder nicht, gestaltete sich als echter Krimi. In Paris tagte am 24. und 25. Juni das Welterbekomitee der UNESCO, um über die vorliegenden Anträge zur Aufnahme verschiedener Stätten in die Welterbeliste zu befinden. Einer davon war der Antrag »Deutsche Buchenwälder« mit den Teilgebieten Nationalpark Jasmund, Nationalpark Müritzer See (beide Mecklenburg-Vorpommern), Grumsin im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin (Brandenburg), Nationalpark Hainich (Thüringen) und Kellerwald (Hessen). Lange wurde der Antrag vorbereitet, unter der Leitung des Bundesumweltministeriums arbeiteten daran viele Experten.

»Vor allen Dingen die Akzeptanzgewinnung in den jeweiligen Regionen war sehr wichtig« erklärt Michael Egidius Luthardt, der jahrelang das Projekt in Brandenburg voran getrieben hat. »Besonders in den Gemeinden rund um den Grumsiner Forst gab zum Anfang wenig Gegenliebe. In vielen Veranstaltungen habe ich versucht, den Bürgerinnen und Bürgern die Vorteile dieser Nominierung klar zu machen.« Etwa vor einem Jahr wendete sich das Blatt. Seitdem gibt es besonders in Altkünkendorf, Schmargendorf und Ziethen große Unterstützung. Nicht zuletzt durch den damit sicherlich zunehmenden Naturtourismus versprechen sich viele Menschen Gewinn in dieser strukturschwachen Region.

»Ich stand ab Freitagvormittag ständig mit der Delegation Deutschlands in Paris in Kontakt« berichtet Luthardt. Die Zuversicht war durch das Votum der Gutachter gedämpft, die dem Komitee vorgeschlagen hatten, den Antrag zurückzustellen und ein europäisches Netz von Buchenwäldern zu schaffen. »Es kam die Nachricht, daß unser Antrag der letzte auf der Tagesordnung ist. Am Nachmittag erhielt ich keine Nachrichten mehr und am frühen Abend ging ich davon aus, daß dies kein gutes Zeichen ist.« Spät abends dann die Mitteilung, daß das Komitee formell dem Antrag zugestimmt hatte, jedoch noch keinen Beschluß gefaßt und sich auf Samstag vertagt hat. Besonders Rußland, Estland und Bulgarien haben den deutschen Antrag unterstützt. »Das war eine sehr unruhige Nacht für mich, denn bis zum Morgen könnten sich vielleicht doch die Meinungen noch ändern« sagt Luthardt. Dann am Samstag um 10.30 Uhr eine kurze SMS: »Wir sind Weltnaturerbe.«

»Erst sehr langsam löste sich meine Anspannung« schildert Michael Egidius Luthardt. »So richtig glücklich war ich, als ich den Ortsvorsteher von Altkünkendorf anrief. Er ließ mich gar nicht erst zu Wort kommen und erzählte, daß er um 12 Uhr die Kirchenglocken läuten ließ und daraufhin sich viele Dorfbewohner trafen und mit Sekt auf den Erfolg anstießen.« Die Arbeit wird jetzt erst beginnen, besonders ein Besucherlenkungssystem muß geschaffen werden. Doch jetzt wird erst einmal gefeiert!

JANA MULEMBA

IV

Parteien & Parlamente. Eine neue Studie untersucht die Zusammensetzung des hessischen Landtags (Klausch H-P, Braunes Erbe. NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987). Oldenburg/Wiesbaden 2011). Im Unterschied zu Angaben von 1988 wurde hier das Document Center herangezogen. Nur in einer Fraktion (KPD bis 1956) fanden sich keine NSDAP-Mitglieder, Unter 140 SPD-MdL gab es 15 Fälle (jüngere Personen ohne gravierende Belastung). Unter 97 CDU-Mitgliedern gab es 22 Fälle von NSDAP-Mitgliedschaft (fast alle im Zeitraum 1954-1962), darunter Alfred Dregger (MdB, Landesvorsitzender 1967-82) und Georg Rösch (NSDAP 1931). Die FDP-Fraktionen (59 MdL) wiesen 23 Ex-Nazis auf, darunter 6mal NSDAP-Eintritt vor 1933, 8mal am 1.5.33 (die behenden Karrieristen!). In den Legislaturperioden ab 1958 und ab 1962 gab es in der FDP-Fraktion eine »NS-Mehrheit« von 66 bzw. 73 Prozent auf, dabei je einmal SS bzw. SS-Reiterstaffel. Unter den Hessen-Alt nazis waren Fraktionsvorstände, Landesminister bzw. -staatssekretäre, der Landesvorsitzende des Richterbundes (CDU, NSDAP 1933).

In der NRW-FDP um Middelhaue trug sich 1952 eine spektakuläre Affäre zu (Buchna K, Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP (1945-1953). München 2010). Middelhaue »zog einschlägige Nationalsozialisten des sogenannten Naumann-Kreises ... in sein politisches Umfeld ... Im Januar ließ der britische Hohe Kommissar Werner Naumann und emigrierte Mitstreiter verhaften«. Dr. Werner Naumann war Goebbels letzter Staatssekretär. Zum Kreis – mit Ablegern in mehreren FDP-Landesverbänden – gehörten Dr. Werner Best (RSHA, Stellvertreter Heydrichs), Ex-Reichsrundfunkkommentator Hans Fritzsche, der unten zu erwähnende Six. Diese Truppe versuchte die FDP mit einem »Deutschen Programm« förmlich zu übernehmen. Hierher gehört der Essener Anwalt Dr. Achenbach (FDP, MdB 1953-1976) mit engen NS-Beziehungen u.a. zum Naumann-Kreis. An der deutschen Botschaft in Frankreich mit Judendeportationen befaßt, nach 1945 Verteidiger von Best, Six u.a. NS-Größen. Zusammen mit dem FDP-geförderten Kölner Generalstaatsanwalt Pfromm, einem ehemaligen NS-Führungsoffizier, sabotierte er die Strafverfolgung von Gestapo-Leuten (Abschnitt »Gestapo nach 1945«). Diese Fakten kennzeichneten die frühe BRD, in der eine braune Vergangenheit zeitweilig zumindest nicht von Nachteil war. Dementsprechend war man auch in den Sphären von Universitäten, Wissenschaft, Kultur und Publizistik nicht bereit, einen ernsthaften Schnitt zur Vergangenheit zu machen und sich von Personen zu trennen, die Stützen faschistischer Institutionen gewesen waren.

V

12 **Journalisten.** Eine Studie im Dezemberheft 2010 der »Historischen Zeitschrift«, Flaggschiff

Blick in neue Fachliteratur (2):

Heimkehr der Faschisten

von Rolf Richter

Ein Anlaß unserer Artikelfolge, deren erster Teil in der BBP 5/2011 erschien, ist die fortdauernde Stasi-Kampagne, die im Interesse der Oppositionsparteien im Brandenburger Landtag mit dem Ziel veranstaltet wird, die Potsdamer Regierungskoalition in die Enge zu treiben und womöglich zu spalten. In Justiz und Polizei mit Hilfe der Stasi-Unterlagenbehörde »entdeckte« »Fälle« wurden ohne solide Rechtsgrundlage durch den RBB skandalisiert. Wenn hier an die Situation in der frühen Bundesrepublik erinnert wird, in der Teile der ehemaligen NS-Eliten in einflußreiche Führungspositionen gelangten, so sollen keineswegs Parallelen zur heutigen Situation gezogen werden. Vorwürfe gegen das jeweilige Personal, im Fall der Nazi-Elite oft schwere Verbrechen, dessen Anzahl und Positionen, sind in keiner Weise vergleichbar. Der Rückblick zeigt aber, wie sehr sich die Maßstäbe für das in der Gesellschaft »tragbare« zumal bei der CDU – damals Regierungspartei, heute Motor der Kampagne gegen »Stasi-Täter« – verschoben haben. Bevor wir uns weiter mit der Integration wichtiger Personengruppen in der neu gegründeten Bundesrepublik befassen, soll die Situation der damaligen Gesellschaft betrachtet werden.

der (west-)deutschen Historiker, geht dem Einfluß der bundesdeutschen Medienmogule – vor allem Axel Springer – auf die offizielle Politik während der Kanzlerschaft Ludwig Erhards nach (R Hoeres, Außenpolitik, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung). Darin interessante Details über Mitarbeiter Springers: Im Jahr 1965 wurde Horst Mahnke Leiter des redaktionellen Beirats des Springer-Verlages. Mahnke, 1952-1959 Chef Außenpolitik des Spiegel, hatte bei Franz Alfred Six (1930 NSDAP, 1932 SA, 1935 SD, Nürnberg-Urteil 20 Jahre Haft) Journalistik studiert. Mahnke folgte Six »ins Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in die Abteilung 'Weltanschauliche Forschung', und mit ihm zog er 1941 in der Einsatzgruppe B zur 'Gegnerbekämpfung'. Als Hauptsturmführer der SS wechselte er ... ins Auswärtige Amt.« Dessen Pressechef war Paul Karl Schmidt, als »Paul Carell« unter Mahnke dann beim Spiegel. Six wiederum verlegte als Verlagsgeschäftsführer (C.W.Leske-Verlag) Augstein und Mahnke. Bei Springer übernahm Mahnke als Fachmann dessen Informantennetz (im RSHA war er für das Referat »Marxismus, Sozialismus und Freimaurerei« zuständig gewesen). Als ihn Springer wegen der öffentlichen Kritik 1968 fallenlassen mußte, wurde Mahnke Hauptgeschäftsführer beim Verband Deutscher Zeitungsverleger... Der als Bestseller-Autor hervorgetretene Carell verbreitete vornehmlich die Legende der »anständigen« deutschen Armee (Chr. Plöger, Von Ribbentrop zu Springer. Zu Leben und Wirken von Paul Karl Schmidt alias Paul Carell. Marburg 2009).

VI

Literatur. Ein Sammelband untersucht Biografien von NS-Literaten, die in der BRD »ankamen« (R Düsterberg (Hg), Dichter für das »Dritte Reich«. Biografische Studien zum Verhältnis von Literatur und Ideologie. Aisthesis Verlag, Bielefeld 2009. Rezension: E. Jöst, Schreibtischtäter, www.literaturkritik.de/public/inhalt.php). »Leider traute sich die Literaturwissenschaft nach 1945 – von wenigen Ausnahmen abgesehen – lange Zeit nicht, sich mit den NS-Literaten und ihren verhäng-

nisvollen Büchern auseinander zu setzen«, konstatiert der Herausgeber eingangs. Zu den hier untersuchten »Fällen« gehört Gerhard Schumann: NSDAP seit 1930, SA-Standartenführer, SS-Obersturmführer, Reichskultursenator, Präsidialrat in der Reichsschrifttumskammer. Nach 1945 Verleger, Publikationen in »Deutsche Wochenzeitung«, Literaturpreise von NPD-nahen Organisationen und Hanns Johst: Präsident der Reichsschrifttumskammer, einer der einflußreichsten NS-Funktionäre, »war in drei Verfahren jeweils unterschiedlich eingestuft worden, bis das letzte Urteil schließlich (1955) aufgehoben und der Dichter damit rehabilitiert wurde«.

VII

Kunstgeschichte. Ein Sammelband brachte neue Forschungsergebnisse über prominente Hochschullehrer mit Nazi-Vergangenheit (Ruth Heftrig u.a. (Hg), Kunstgeschichte im »Dritten Reich«, Akademie-Verlag, Berlin 2008). »Die Fachgemeinschaft zeigte sich in den Nachkriegsjahren solidarisch mit den politisch belasteten und suspendierten Kollegen, nicht zuletzt aus dem Bewußtsein eigener Verfehlungen heraus«, schreibt Martin Papenbrück in seinem Beitrag. Nicht nur prominente Fachvertreter mit Nazi-Vergangenheit wie Sedlmayr und Schrade kamen wieder zu Amt und Würden, auch der Bruckmann-Verlag München, dessen Inhaber engste Beziehungen zu Hitler hatten, durfte weitermachen. Als auf dem Kunsthistorikertag 1970 erste Beiträge zur (anonymen!) Aufarbeitung der Unterordnung des Fachs unter die Nazi-Ideologie gehalten wurden, erlebten die Vortragenden heftige Angriffe, ausgerechnet seitens eines Hochschullehrers, vormals NSDAP-Mitglied und »bekennender Antisemit«, der nach 1945 aber einen Lehrstuhl in Hamburg erhalten hatte.

Schluß folgt

Abkürzungen:

RBB Radio Berlin Brandenburg
RSHA Reichssicherheitshauptamt
SD Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS, Geheimdienst der NSDAP, unterstand ab 1939 dem RSHA
SS Schutzstaffel, paramilitärischer Arm der NSDAP



Distanz zur Linken gefordert

Lieberaler Stammtisch erinnerte an »DDR-Volksaufstand«

»Freiheit hat vorderste Priorität«. Diese Erfahrung gab Hermann Werth den Besuchern des liberalen Stammtisches in Eberswalde am 17. Juni weiter. Der 87-jährige erzählte über seine Erinnerungen an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953. Später flüchtete er aus der DDR.

Er diskutierte gemeinsam mit der 30-jährigen FDP-Landtagsabgeordneten Linda Teuteberg. Sie vertritt ihre Fraktion in der Enquete-Kommission des Landtages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und berichtete über ihre dortigen Erfahrungen. Aufgabe der Kommission ist es, die Geschichte der SED-Diktatur aufzuarbeiten und daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Sie berichtete dabei auch über die aktuelle Diskussion über Fehler beim Übergang in einen demokratischen Rechtsstaat.

Die inhaltlichen Aspekte der Aufarbeitung, wie z. B. die Behandlung der DDR in Schulbüchern oder die Bewertung des Leistungssportes in der DDR geraten nach Ansicht der

FDP zu sehr in den Hintergrund. In der anschließenden Diskussion wurde die Frage gestellt, warum die märkische SPD sich nicht deutlicher von den »Linken« distanziert. Abschließend äußerte der Vorsitzende des Ortsverbandes, Stephan Fischer, die Bitte, die Jugend mehr über die unliberalen DDR-Gesetze aufzuklären, um einer Verklärung entgegenzuwirken.

Pressemitteilung des
FDP-Ortsverbandes Eberswalde

NEUER Lesekreis

Immer montags 18.30 Uhr veranstalten wir wieder wöchentlich den politischen Lesekreis mit Texten wie »Das ABC des Anarchismus«, »Der kommende Aufstand«, »Die Pariser Kommune« u.v.a. von Autoren wie dem Unsichtbaren Komitee, Karl Marx, Karl Liebknecht etc.

Ort: Stadtcampus, Haus 1, Raum 316

Die Texte werden gestellt und ihr seid herzlich eingeladen, selbst Vorschläge mit zu bringen.

Linke Aktionsgruppe Eberswalde

Die DDR als negativer Fixpunkt eigener Profilierung

Für die einen war es ein faschistischer Putsch, für andere ein Arbeiter-, neuerdings gar ein Volksaufstand. Wieder andere suchen die historische Wahrheit irgendwo zwischen diesen Polen. Der FDP-Ortsverein Eberswalde führte 58 Jahre nach dem 17. Juni 1953 eine Diskussionsrunde zum Thema durch und formulierte »Volksaufstand in der DDR«. Laut MOZ-Bericht präsentierte der Ortsvorsitzende Stephan Fischer »zwei spannende Gäste«. Auf der Suche nach der Wahrheit?

Da war der 87-jährige Hermann Werth, Zeitzeuge und »ehemals politisch Verfolgter in der DDR«. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, drückte sich die politische Verfolgung u.a. darin aus, daß er als Parteiloser von 1958 bis 1968 Chefkonstrukteur im Kranbau Eberswalde war und in dieser Funktion zahlreiche Auslandsreisen unternahm. daß er in dieser Vertrauensposition und als Auslandskader Ziel von Personenüberprüfungen des MfS war, dürfte wenig überraschen. Eine seiner Auslandsreisen nutzte Werth dann, um 1968 die DDR zu verlassen. Ob es politische Gründe waren, die ihn zur DDR-Flucht veranlaßten oder vielleicht ein attraktives Angebot der Westkonkurrenz des Kranbau Eberswalde, erfährt man leider nicht.

Als zweiten Gast begrüßte der FDP-Ortsverein die 30-jährige Landtagsabgeordnete Linda Teuteberg. Sie vertritt die FDP in der 2010 gebildeten Enquete-Kommission des Landtages zur »Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg«, deren Einrichtung die Fraktionen der CDU, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen beantragt worden war. Linda Teuteberg stellt klar, daß die DDR keine »kommode Diktatur« war. Diesen Begriff hatte der Schriftsteller Günter Grass 1995 in seinem Roman »Ein weites Feld« geprägt. Das Wort »kommod« ist (laut Wikipedia) im bairischen Sprachraum, insbesondere im Österreichischen, gebräuchlich für »bequem, angenehm«.

Die junge Frau erlebte das Ende der DDR als Neunjährige und kann im Gegensatz zu Wendt kaum als Zeitzeugin gelten. Sie schöpft ihr Wissen über die Unannehmlichkeiten der DDR also aus anderen Quellen. Welche das sind, auch das verschweigt der Pressebericht. So bleibt auch offen, wie die FDP-Spitzenfrau zu der Einschätzung kommt »der Sozialismus war keine gute Idee«, wobei sie sich weder mit der Idee des Sozialismus an sich auseinandersetzt, noch damit, ob und inwieweit die Sozialismus-Idee etwas mit der DDR-Wirklichkeit zu tun hatte. Doch dient der Satz auch nur der Herleitung und Begründung dessen, was Teuteberg in der Enquete-Kommission so tut, nämlich die Vergangenheit lückenlos und möglichst objektiv »aufarbeiten« – und zwar mit dem klaren Ziel, »Wiederholungen in der Geschichte zu vermeiden«.

Dieses »Aufarbeiten« ist keine Arbeit für Historiker, die mit ihren Forschungen möglichst nahe an die historische Wahrheit herankommen wollen. Bei den »Aufarbeitern« der Enquete-Kommission steht die Bewertung am Beginn. Die »Aufarbeitung« als Mittel zum Zweck, die eigene politische Anschauung unter die Leute zu bringen.

Schon während des Landtagswahlkampfes der FDP-Elevin schrieb dazu Johann Legner im »Nordkurier« (18.09.2009): Linda Teuteberg »will ernst machen mit dem, was sie unter freierlicher Politik versteht. Das definiert sie ganz unmißverständlich mit Blick auf die Zeit, in der sie

noch ein Kind war. Die Diktatur der SED ist für Teuteberg der Gegenentwurf zu dem, was sie politisch will.« Nun ist sie also dabei, den »Gegenentwurf« zu zeichnen – nicht als nach Historikerin, die sich der Wahrheit nähern will, sondern als Politikerin, die einen negativen Fixpunkt braucht. Dabei bleibt vage, was die FDP-Frontfrau positiv unter »freierlicher Politik« versteht.

An anderer Stelle (»Potsdamer Neueste Nachrichten« vom 30.09.2009) heißt es, höchste Priorität habe für Teuteberg das Thema Bildung. Auch in der Diskussion in Eberswalde klang das an. Demnach geht es ihr darum, ihre Geschichtssicht in den heutigen Schulunterricht zu bringen. 2009 forderte sie »mehr Lehrerstellen, bessere Betreuungsschlüssel und geringere Klassenstärken« – Themen, die sich in dieser Pauschalität auch die rot-rote Koalition auf die Fahnen geschrieben hat. Bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sowie Reformen im Polizeirecht und bei der Kommunalverfassung waren weitere Stichpunkte. »Wir wollen einen besseren Schutz der Bürgerrechte und weniger verdachtsunabhängige Überwachung durch den Staat«, wird die Politikerin zitiert. In der Eberswalder Diskussion war davon freilich nicht die Rede.

Geht man vom MOZ-Bericht aus, scheinen übrigens auch die Ereignisse am 17. Juni 1953 in Eberswalde, thematischer Aufhänger der Diskussion, keine Rolle gespielt zu haben.

GERD MARKMANN

Wie lange noch?

Wie lange soll das noch so gehen? Es waren Millionen, die in unserem Friedensstaat gearbeitet haben und dabei ihr bestes gaben. Auch der Kirchenmann Manfred Stolpe hat in der DDR gearbeitet und im Interesse der Gläubigen und der Kirche Verbindungen zur Staatsmacht gehalten. Das Theater, das diese sogenannten Enquete-Kommission entfacht, läuft darauf hinaus, daß es in den Augen der selbsternannten Richter schon ein Verbrechen war, in der DDR gelebt und gearbeitet zu haben.

Die Menschen haben genug von der endlosen Hetze. Sie wollen endlich in Ruhe leben. Fahren Sie doch mal über die Dörfer von Frankfurt nach Bad Freienwalde oder von Bernau nach Eberswalde – sprechen Sie doch mal in jedem Dorf zehn oder zwanzig Bürger an. Von der großen Mehrheit werden Sie erfahren, wie groß die Unzufriedenheit über die Tätigkeit dieser Untersuchungskommission ist. Wenn in der BRD im 20. Jahr nach dem Zweiten Weltkrieg die Faschisten so verurteilt worden wären, hätte man das verstehen können. Denn da lag doch wirklich ein triftiger Grund vor – oder etwa nicht? Doch dazu kam es nicht, bestanden doch die Eliten des BRD-Staates auf allen Ebenen zu nicht geringen Teilen aus alten Nazis.

Wenn zwanzig Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD den jetzigen Oppositionsparteien im Brandenburger Landtag nichts anderes einfällt, als in längst bekannten Dingen zu wühlen und zum hunderttausendsten Mal über die Stasi-Kontakte des einstigen Ministerpräsidenten zu räsonieren, dann hat das wohl zum einen damit zu tun, daß es diesen Personen an politischer Substanz fehlt und sie die DDR-Bösewichter brauchen, um sich selbst in besserem Licht erscheinen zu lassen. Zum anderen soll von den vielen Problemen abgelenkt werden, die mit dem Überstülpen des Kapitalismus über uns kamen. Das könnte durchaus als raffinierte Taktik erscheinen. Aber die meisten Menschen wollen das zig-mal Durchgekaute nicht mehr hören und lesen. Bei einer Volksbefragung würden mindestens 85 % gegen diese Untersuchungen stimmen. Diese Enquete-Kommission und auch die anderen speziell zur Hetze gegen die DDR gebildeten Behörden sollten aufgelöst werden. Was ja auch zur finanziellen Einsparung beiträgt. Die freiwerdenden Mittel könnten sehr gut in den Bereichen Bildung und Sport verwendet werden.

NORBERT GLASKE

Reminiszenz für Karl-Herrmann Simon

Ende März 2011 ist unser langjähriges Mitglied Dr. Karl-Herrmann Simon für immer von uns gegangen. Mit ihm verlieren wir einen Menschen, der über 50 Jahre dem Kulturbund die Treue hielt.

Seit dem 04.11.1958 war Herr Simon Mitglied des Kulturbundes. Neben dem Interesse für Wandern, Singen und Natur gab es noch weitere Bereiche in der Tätigkeit des Kulturbundes, wo er seine Spuren hinterlassen sollte.

Im Oktober 1978 wird nach einer Zusammenkunft von etwa 30 Interessenten die Esperanto-Gruppe im Eberswalder Kulturbund gebildet, die sich zunächst noch hauptsächlich mit der internationalen Plansprache Esperanto im Sprachunterricht beschäftigt. Ab 1984 wird auf seine Initiative hin jährlich mindestens einmal eine Kulturbund-Veranstaltung genutzt, um die Fachgruppe Esperanto und deren Aktivitäten zu präsentieren. In deren Zentrum steht vor allem die internationale Zusammenarbeit mit Esperantisten in verschiedenen Ländern. Seit 1981 wurde durch Herrn Dr. Simon jedes Jahr im Ausland ein Fachvortrag vor Esperantisten gehalten.

Diese Vorträge gehören zu den Aktivitäten der Arbeitsgruppe Forstwirtschaft im Esperanto-Verband des Kulturbundes. Auch die Verantwortung der Leitung und Koordinierung der Fachgruppe auf nationaler und Internationaler Ebene lag bei den Eberswalder Mitgliedern.

Im Jahr 1981 wurde mit der Erarbeitung eines mehrsprachigen Fachwörterbuches der Forstwirtschaft begonnen, in dem ausgehend von den forstlichen Begriffsdefinitionen mit der internationalen Plansprache Esperanto als Leitsprache eine eindeutige Wiedergabe der forstlichen Fachbegriffe auch in allen anderen Sprachen gesichert wurde. Ab 1992 wurde jährlich in Eberswalde eine internationale Vortragsveranstaltung mit führender Beteiligung der Eberswalder Esperantisten zu forstterminologischen Fragen organisiert, um die Zusammenarbeit von Forstleuten gleich welcher Sprache zu fördern. Anfang 1996 konnte dann nach 15-jähriger Arbeit von Esperantisten aus 11 Ländern der erste Band des »*Lexicon silvestre*« in Esperanto herausgebracht werden, dem in den Jahren bis 2007 in Abhängigkeit von den Bearbeitern einzelner Sprachen jeweils 1 bis 9 Sprachbände mit jeweils 1000 Fachbegriffen folgten. Insgesamt sind das 46 verschiedene Bände, von denen einige Bände mehrere Auflagen erreichten. Diese von Dr. Karl-Herrmann Simon initiierte, wertvolle terminologische Arbeit wird heute durch den von ihm ge-

gründeten Förderverein »*Lexicon silvestre e.V.*« weitergeführt. Detaillierte Informationen hierzu findet der interessierte Leser unter folgender Internetadresse: www.lexicon-silvestre.de

Parallel zur dieser vorwiegend sprachlichen Betätigung, war Dr. Simon viele Jahre auch begeisterter Schmalfilmer und arbeitete im Amateurfilmzentrum (AFZ) des Kulturbundes mit. Untergebracht war das Zentrum ab etwa 1960 im Kreiskulturhaus (heute: Haus Schwärzetal). Bis zur Wende entstanden dort verschiedene Filme über Land und Leute in der DDR, über die Landwirtschaft, über Betriebe im Altkreis Eberswalde, aber auch über die 725-Jahr-Feier 1979 in Eberswalde.

Nach der Wende und im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen im Kulturhaus wurde das Amateurfilmzentrum aufgelöst. Für einige Jahre entstand unter tatkräftiger Mitwirkung von Karl-Herrmann Simon eine Gruppe Videowerkstatt, die einerseits die Ergebnisse des AFZ und die verschiedenen Gerätschaften der Amateurfilmer aufbewahrten und andererseits aktuelle Ereignisse, wie z.B. die 750-Jahr-Feier von Eberswalde im Jahr 2004, die Entstehung und Gestaltung des LAGA-Geländes sowie einige Veranstaltungen der Landesgartenschau 2002 auf Video festhielten. Daneben begleiteten die Mitglieder der Video-Werkstatt regelmäßig einige Schüler von verschiedenen Eberswalder Schulen während ihrer Projektarbeit und regten sie zu Videoaufnahmen in diesem Rahmen und zu diversen Themen an.

Als allerdings die Videotechnik in ihr digitales Zeitalter trat und die analoge Technik in der Video-Werkstatt veraltet war, beschlossen die Mitglieder, die Fachliteratur, die Filme und die Technik dem Eberswalder Museum in der Adler-Apotheke zu schenken. Dies erfolgte dann im Jahr 2006 und die Video-Werkstatt wurde aufgelöst.

Nach der Gründung des Vereins Eberswalder Kulturbund e.V. war Dr. Simon viele Jahre im Vorstand des Vereins tätig, bis er dann aus gesundheitlichen Gründen im Jahr 2007 nicht mehr für den Vorstand kandidierte.

Wir gedenken seiner als ein langjähriges, aktives Kulturbund-Mitglied und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Vorsitzender des Eberswalder Kulturbundes e.V.

Eberswalde (bbp). Im April hatte die Stadtverwaltung eine Beschlußvorlage zur finanziellen Unterstützung des Mühle e.V. bei der Sanierung der Zainhammer Mühle im Hauptauschub zurückgezogen. Inzwischen habe ein Gespräch mit dem zuständigen Ministerium in Potsdam ergeben, informierte der Erste Beigeordnete Lutz Landmann am 26. Mai auf der Stadtverordnetenversammlung, daß dem Einsatz institutioneller Fördermittel der Stadt zur

Mühlensanierung verschoben

Finanzierung des Eigenanteils des Gesamtvorhabens keine rechtlichen Bedenken entgegenstehen. Allerdings sei der bestehende Antrag nicht förderfähig, weil das Fördermittelprogramm »*ganz maßgeblich wirtschaftliche Effekte für das Umland, also für die ländliche Region in starkem Maße erwartet*«. Der Mühle e.V. sollte daher seinen Antrag entsprechend überarbei-

ten und zwischen dem 1. Juli 2011 und dem 15. Januar 2012 erneut einreichen. Die Verwaltung werde, so Landmann, nach der Sommerpause den zuständigen Ausschub über den Stand informieren. Laut vorliegenden Gutachten weist die Zainhammer Mühle erheblichen Sanierungsbedarf auf, die der Kunstverein aus eigenen Mitteln nicht bewältigen kann.

Der Praktiker als Politiker

Jan van Aken zu Gast bei den Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann

Allein durch den Abzug von US-Soldaten aus Afghanistan wird es dort keinen Frieden geben. Eine Friedenslösung erfordere Verhandlungen mit allen Konfliktparteien, betonte der linke Bundestagabgeordnete und Sicherheits-Experte Jan van Aken am Sonntag bei den Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann.

Van Aken, bekennender Hamburger und promovierter Biologe hatte sich als Gentechnik-Gegner, Greenpeace-Campaigner und internationaler Biowaffen-Experte einen Namen gemacht, bevor er 2009 für DIE LINKE in den Bundestag einzog. Im Parlament blieb er sich treu, ist als kompetenter und geradliniger Abgeordneter bekannt. Ihm sei die Haltung fremd, daß Opposition »aus Prinzip« alles, was die Regierung mache, schlecht finden müsse. Selbstverständlich kritisiere er z.B. Außenminister Westerwelle hart, aber er habe dessen Entscheidung unterstützt, sich nicht am militärischen Einsatz gegen Libyen zu beteiligen. Der praktisch-kritische Geist hatte in van Aken offenbar schon früh angefangen zu arbeiten. So campierte er 1980 – in Zelten, auf staubiger Erde, langhaaarig und total selbstverwaltet – mitten in seinen Abiturprüfungen vier Wochen im Wendland, um den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage zu verhindern.

Van Aken sieht sich als »Praktiker« unter den Politikern. So nimmt er sich – neben dem politischen Alltagsgeschäft – ein überschaubares

Thema vor und will dort Konkretes erreichen. In dieser Legislatur sind das die deutschen Waffenexporte.

BRD drittgrößter Waffenexporteur

Viel zu wenig sei bekannt, daß – nach den USA und Rußland – die Bundesrepublik der drittgrößte Waffenexporteur der Welt sei. Van Aken hofft, daß ihm hier ähnliches gelingt wie in den 90er Jahren mit seiner Arbeit gegen Biowaffen. Diese seien international so geächtet, daß kein Staat der Welt ihren Besitz offen anstrebe.

Zur Lage in Afghanistan nahm van Aken bei den »Offenen Worten« kein Blatt vor dem Mund. Mit dem jetzt angekündigten Abzug von 33.000 Soldaten erfülle US-Präsident Obama nur ein altes Wahlversprechen. Der Abzug sei aber gar kein Abzug. Schon jetzt sei klar, daß die USA eine große Airbase in Afghanistan behalte. Auch die Bundesregierung plane über 2014 hinaus mit militärischer Präsenz in der Region. Für seine Forderung nach Verhandlungen in Afghanistan hätte ihn die Regierungskoalition vor Jahresfrist im Bundestag noch ausgelacht – jetzt habe die Regierung selbst verkündet, daß verhandelt werden müsse. Van Aken warnte vor überzogenen Erwartungen. Man müsse damit rechnen, daß nicht gleich der erste, sondern erst der dritte oder vierte Waffenstillstand halte.

MANFRED SCHWARZ

Ehrenamtsvermittlung nicht mehr im Hauptamt?

Eberswalde (bbp). Bereits im März hatte sich die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung für die Zukunft der »Freiwilligenagentur in Eberswalde« interessiert. Am 1. November 2008 von der Stadt in Kooperation mit der Bürgerstiftung Barnim Uckermark gegründet, läuft die mittels Kommunal-Kombi finanzierte Personalstelle der Freiwilligenagentur am 31. Oktober 2011 aus. Eine hauptamtliche Vermittlung von ehrenamtlich Tätigen wäre danach nicht mehr möglich, falls nicht andere Lösungen gefunden werden.

Bereits in ihrer im November 2007 von den Stadtverordneten beschlossenen Vorlage hatte die SPD-Fraktion die Mitfinanzierung der hauptamtlichen Freiwilligenagentur durch Umlandgemeinden und den Landkreis ange-mahnt, hatte der Fraktionsvorsitzende Hardy Lux bemerkt. Am 26. Mai informierte der Erste Beigeordnete Lutz Landmann über ein Gespräch mit dem Bürgermeister der Nachbargemeinde Schorfheide, Uwe Schoknecht. Ent-

sprechende Unterlagen seien übergeben worden, eine Rückantwort stehe aber noch aus. Ein Gespräch mit dem Landrat zur gleichen Thematik war für Anfang Juni geplant. Die stellvertretende Leiterin des Jobcenters Eberswalde informierte die Stadtverwaltung, daß eine Förderung der Freiwilligenagentur über »Bürgerarbeit« generell möglich wäre. Allerdings käme dafür nicht die derzeitige Inhaberin der Kommunal-Kombi-Stelle in Betracht.

Die Freiwilligenagentur habe hingegen, hieß es in der SPD-Anfrage, »ein erhebliches Interesse, die bisher geleistete Aufbauarbeit langfristig und nachhaltig fortzuführen und die Mitarbeiterin weiter zu beschäftigen«. Daher hat sich die Bürgerstiftung, so Landmann weiter, an dem Modellprojekt des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft »Vielfalt und sozialer Zusammenhalt in Brandenburgs Städten – Lebensräume gemeinsam gestalten« mit dem Titel »Wir für Eberswalde – soziale Teilhabe, Integration« beteiligt.



Die drei Alten

Eine märkische Sage

In der Mark erzählte man sich folgende Begebenheit: Mitten im 18. Jahrhundert geschah es, daß der neue Prediger die Markung seines Kirchensprengels umritt, um sich mit seinen Verhältnissen genau bekannt zu machen. In einer entlegenen Gegend steht ein einsamer Bauernhof, der Weg führt hart am Vorhof der Wohnung vorbei. Auf der Bank davor sitzt ein Greis mit schneeweißem Haar und weint bitterlich. Der Pfarrer wünscht ihm guten Abend und fragt: was ihm fehle?

»Ach«, schluchzt der Alte, »mein Vater hat mich so geschlagen.«

Befremdet bindet der Prediger sein Pferd an und tritt ins Haus.

Da begegnet ihm im Flur ein Alter, noch viel greiser als der erste, von erzürnter Gebärde und in heftiger Bewegung. Der Prediger spricht ihn freundlich an und fragt nach der Ursache seines Zürnens. Der Pfarrer spricht: »Ei, der Bengel hat meinen Vater fallen lassen!«

Damit öffnet er die Stubentüre, der Pfarrer verstummt vor Staunen und sieht einen vor Alter ganz zusammengedrückten, aber noch recht rührigen Greis im Lehnstuhl hinterm Ofen sitzen. Der Prediger fragte nun den Alten wie alt sein Vater eigentlich sei? Darauf sagte der dann: »Oh, das weiß ich gar nicht, aber fragen sie mal unseren Pastor, der wohnt drei Häuser weiter neben der Kirche, der hat ihn damals noch getauft!«

von Jakob und Wilhelm Grimm
herausgesucht von BERND MÜLLER

Geisterhafte Orte

9. Juli, Samstag, Wegemarkierung Arendskehle/Höhenweg (bis 12 Uhr)

Markierung des Wanderweges in der Arendskehle und auf dem Höhenweg. Am Ende gibt es ein Dankeschönmittagessen in der Jugendherberge Teufelssee. Anmeldung: 03344/333200. Treff: 9 Uhr Jugendherberge Teufelssee, Hammerthal 3, 16259 Bad Freienwalde

16. Juli, Samstag, Diavortrag Märkische Heide und Geisterhafte Orte

Heute wird der dritte Teil der Ausstellung Geisterhafte Orte von Marco Just aus Liebe eröffnet. Im Anschluß erwartet die Teilnehmer im Keller des Schlosses ein interessanter Diavortrag von Marco Just, wobei eine Rundreise von den Höhen des Barnim durch das Niederoderbruch bis in die südliche Uckermark mittels 135 Dias unternommen wird. (Bitte Jacke mitbringen. Im Keller ist es recht kalt)

Treff: 19 Uhr Schloß Uchtenhagen neben der Kirche, Freienwalder Straße, 16259 Neuenhagen bei Bad Freienwalde.

BERND MÜLLER

Waldversionen – gemalt und fotografiert

Eberswalde (prest-ew). Das Internationale Jahr der Wälder spiegelt sich auch ganz aktuell in der neuen Foyer-Ausstellung im Eberswalder Rathaus wieder. Bis zum 18. Juli 2011 stellt der Eberswalder Gerhard Schulze Fotografien, Grafiken und Bilder in verschiedenen Maltechniken aus. Seiner ersten Teilnahme an der 5. Freizeitkünstler-Ausstellung 2004 in Eberswalde, folgten neun weitere. Lassen Sie sich bezaubern. Im Rathaus, Foyer 2. Etage, immer zu den Rathaus-Öffnungszeiten.

FreiRaum Begrüßungsparty

Am 75. Jahrestag der Spanischen Revolution

Wir heißen alle Eberswalder_Innen (und natürlich auch alle anderen) im FreiRaum willkommen. Am Freitag, dem 15. Juli, dem 75. Jahrestag der Spanischen Revolution, feiern wir zusammen ab 20 Uhr unseren Auftakt im EXIL Eberswalde. Mit Feuer, Musik, Videoleinwand, Tanz zum Kennenlernen und Austauschen. Alle am Projekt Interessierten sind eingeladen, mit uns zu feiern und Ideen zu spinnen...

Das FreiRaum Netzwerk entwickelt sich schnell weiter und wir sind nun schon eine kleine Kerngruppe geworden. Wir wollen Eberswalder Jugendliche zusammenbringen und dabei unterstützen, ihre eigenen Ideen umzusetzen. Ob Schüler, Azubis, Studenten oder junggebliebene Andere – alle sind willkommen mitzumachen. Perspektivisch wollen wir gemeinsam mit euch einen ganz konkreten Ort in der Stadt zu unserem FreiRaum entwickeln, der offen und für die ganze Stadt sichtbar ist und motiviert und ermutigt, sich mit einzubringen.

Um der Stadt zu zeigen, daß wir als Netzwerk/Gruppe diesen konkreten Ort (FreiRaum) brauchen, wollen wir im Monat Okto-

ber gemeinsam mit euch einen FreiRaum-Probestmonat gestalten. Ein Laden in der Eisenbahnstraße wird dann für diese kurze Zeit zu unserem FreiRaum werden, wo alle die Aktivitäten möglich sind, die wir uns heute vorstellen. Was das sein wird, bestimmt letztendlich ihr. Kreative Aktivitäten wie Sprays, Malen, Rapmusik oder politische Arbeit, wie der Organisation von Bildungstreiks.

Wir haben schon bestehende Initiativen zur Idee befragt. Alle fanden die Idee spannend und würden so einen Ort nutzen und mitgestalten wollen. Es sind dies: Genial, Greenpeace, Linke Aktionsgruppe und viele Einzelpersonen. Der FreiRaum soll ein Treffpunkt sein zum Austauschen und Ideen umsetzen oder einfach nur zum Abhängen und das Leben genießen. Mit eurer Hilfe wird sich das Projekt in alle möglichen Richtungen entwickeln. Also macht mit und verwirklicht eure Ideen und Träume. Zusammen Aktionen planen, viele Leute mobilisieren, Netzwerke bilden ... FreiRäume schaffen. Unsere Planungstreffen sind für alle offen und finden freitags ab 15.30 Uhr statt. Treffpunkt: Teich am Stadtcampus.

Initiative FreiRaum Eberswalde
(www.freiraum-eberswalde.de)

8tes Filmfest Eberswalde

In Vorbereitung auf das 8. Filmfest Eberswalde sind 889 Filmanmeldungen aus 47 Ländern im Festivalbüro eingetroffen. Dabei sind erstmals auch Produktionen aus Malta und Kolumbien. Aus Finnland und Spanien kamen erneut die meisten ausländischen Anmeldungen. Insgesamt wurden 521 Kurzspielfilme, 213 Dokumentarfilme und 155 Animationen angemeldet. Die sieben Mitglieder der Programmkommission werden in den kommenden Wochen die Wettbewerbsfilme für die Kategorien Dokumentarfilm, Kurzspielfilm und Animationsfilm auswählen und weitere Rahmenprogramme aufstellen.

Das Thema Provinz wird auch 2011 eine wichtige Rolle spielen. Aus den Zentren der Metropolen wirken schon manche Randbezirke provinziell, während für winzige Dörfer die nächstgelegene Kleinstadt ein urbanes Bal lungszentrum ist. Manche Menschen möchten lieber nicht, daß man ihnen ihre Herkunftsregion anmerkt, andere empfinden schon ihren Familienhintergrund als zu provinziell. Provinz ist der Ort, an dem uns der Schein nicht weiterhilft. In der Provinz kennt man sich persönlich, darin liegt ihre Wahrheit.

In diesem Jahr soll es auch an den Vormittagen Filmprogramme speziell für Schulen zum Thema Umweltbildung geben. Diesbezüglich freuen sich die Organisatoren über jede Anregung (03334/5264492).

Das 8. Filmfest Eberswalde, das neben den Wettbewerben auch wieder vielfältige Rahmenprogramme bieten wird, findet statt vom 1. bis 8. Oktober 2011 im Paul-Wunderlich-Haus in Eberswalde.

SEHquenz e.V.



Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Fischer, Laffin
Markmann (4), Müller

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18

redaktionschluß: 30. Juni 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 11.8.2011, 12 Uhr.